

Der Staat,
die Strukturen,
die Systemfehler

Der Staat ist mit Sicherheit der größte Geldverschwender, auch wenn er sich nach außen hin bemüht sparsam zu erscheinen. Die Verschwendung ist nicht nur in den sinnlosen Ausgaben für Dinge, die nicht notwendig sind, sondern vorwiegend in der Struktur und in der Handhabung des Systems. Dabei ist der Bürokratismus wohl ein Faß ohne Boden. Denn hier könnte bereits die Hälfte des Einsparungspotentials angewendet werden, wenn die Struktur der Bürokratie auf eine intelligente Grundlage gestellt werden würde.

Aber alleine die Bürokratie umzubauen, damit diese Kosten einspart, macht erst dann einen Sinn, wenn es zu einem Gesamtumbau des Staates kommt. Dabei sind schon einige Ansätze gemacht worden, nur sind diese Ansätze interessensgebunden geschehen. Doch im Ganzen mangelt es derart, dass ein Bedarf gegeben ist, den aufzubereiten einer Revolution gleich kommen kann. Sicher hat der Staat wichtige Aufgaben zu erfüllen, aber das bedeutet nicht, dass der Staat Alles machen muß. Im Gegenteil, der Staat hat Grundfunktionen zu erfüllen und kein Recht auf Dinge, die von Privaten erfüllt werden können.

Doch es fehlt an den Definitionen und der Einstellung, sowohl der Menschen gegenüber dem Staat, wie auch umgekehrt, der Staat gegenüber der Bevölkerung. Die Frage, wer war zuerst vorhanden, der Staat oder die Menschen, erübrigt sich zu beantworten, weil in der Logik der Sache sich jeder Staat aus welchen Gründen auch immer aus dem Zusammenschluß der Menschen gebildet haben. Also ist jeder Staat nur deswegen denkbar, weil es Menschen gibt und nicht umgekehrt, es gibt Menschen, weil ein Staat vorhanden ist.

Damit jedoch der Staat funktionieren kann, gibt es Beamte und Politiker. Soweit ist noch Alles klar. Doch wenn es an die Struktur geht, dann sind die Entwicklungen absolut von keiner Bedeutung, denn der Zustand in der Gegenwart ist das Einzige, was zählt. Dieser Zustand ist es, der den Staat in die Schulden treibt und unfinanzierbar macht, auch wenn sogenannte Fachleute oder Experten etwas Anderes sagen. Die Schuldenlasten mögen vielleicht im Moment in der Gegenwart noch keine Probleme darstellen, doch die Zukunft können wir nur erahnen, aber nicht erkennen.

Daher sind auf Grund der Wahrscheinlichkeiten heute jene Maßnahmen zu treffen, die aus der gegenwärtigen Situation herausführen und für die Zukunft die optimalen Weichen stellen. Das bedingt jedoch, daß sowohl die Strukturen und mehr noch die in den Strukturen enthaltenen systembedingten Fehler und Fehlentwicklungen beseitigt werden. Dies wird der schmerzhaft-

teste Prozeß werden. Denn diese Umstellung auf neue Strukturen und die Abschaffung sehr vieler Gewohnheiten wird viele Opfer brauchen und geben. Doch das Ziel ist es, dass durch die Einsparungen weit über die gebrachten Opfer hinaus das Ergebnis positiv ausfallen wird. Ob dies nun sehr Vielen gefallen wird oder nicht, das kann keine Bedeutung haben, weil es sich immer um das Geld handelt, welches die Menschen als Steuern und Abgaben zu zahlen gezwungen sind.

Daß Steuern gezahlt werden müssen, damit der Staat erhalten und die Grundfunktionen erfüllt werden können, sieht jeder ein. Jedoch gibt es kein Recht der aus der Bevölkerung gewählten Politiker, dass sie Ausgaben beschließen, die Nichts mit den Funktionen des Staates mehr zu tun haben. Besonders sind hier Haftungen zu erwähnen, die nicht einer gewissen Verantwortungslosigkeit entbehren.

Der Staat muß als Erster verzichten. Das heißt, die Umstellung der Vorgangsweise, besonders im Rechnungswesen. Wer aus Steuergelder bezahlt wird, zahlt keine Steuern, sondern bekommt den Gehalt Netto. Ebenso trifft dies auf die Sozialabgaben zu.

Das heißt, welchen logischen Sinn macht es, wenn jemand aus Steuermitteln bezahlt wird und dann dafür Steuern zahlen soll, denn das ist ein reiner Selbstbetrug des Staates und hat überhaupt Nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Gerechtigkeit ist mehr oder weniger eine subjektive Sache. Denn Gerechtigkeit, wie sie theoretisch denkbar ist, ist in der Wirklichkeit nicht machbar. Aber die größtmögliche Gerechtigkeit kann angestrebt und durch neue Strukturen ermöglicht werden.

Dies beginnt schon damit, dass die Kostenwahrheit zum obersten Prinzip gemacht wird. Das heißt, nicht die scheinbare Großzügigkeit des Staates kann die Rechtfertigung sein, dass Ausgaben stattfinden, welche einen zweifelhaften Sinn machen. Aus politischen und ideologischen Gründen Versprechen abzugeben, die letztendlich nur in Schulden enden und keinen oder nur sehr geringen Nutzen und Sinn ergeben, mag vielleicht den Parteien zu Gute kommen, doch die Rechnung am Schluß müssen die Steuerzahler begleichen.

Dazu kommt, dass der Staat seinen eigenen Betrieben, wie die Bundesbahn, deren Gewinne wegnimmt und dann als Subventionen zurückgibt. Daß die Bundesbahnen nie aus den roten Zahlen kommen kann, dürfte selbst einer einfachen Hausfrau klar und bewusst sein. Die

Bundesbahnen auf die Schiene zu bringen wäre derart einfach, wenn nicht die Gewinne abgeschöpft werden und der Staat solange wartet, bis die Bundesbahnen sich selbst erhalten können. Es ist sehr realistisch, dass dies so funktionieren würde. Dafür bräuchte der Staat keine Subventionen zu leisten.

Daß der Staat ein Sozialsystem erhält, ist sicherlich richtig und ebenso wichtig. Doch es ist immer die Frage, wie dies erfolgt. Daher ist die Idee des Sozialsystems von der Politik und dem Staat zu trennen und für sich zu betrachten. Erst dadurch wird es möglich werden, dass wir ein funktionierendes und finanzierbares Sozialsystem bekommen können.

Die Sozialabgaben sollen in einen Fond oder in eine Einrichtung eingezahlt werden und so nicht nur nach Einkommen, sondern nach Arbeitgeber einbezahlt werden. Denn auch bei den Sozialleistungen ist es ein Selbstbetrug des Staates, wenn die von ihm bezahlten Angestellten, gleichgültig in welcher Funktion, dem Staat wieder Abgaben zu leisten. Der Staat macht offiziell keine gewinnbringenden Geschäfte und lebt von den Steuerzahlern, die durch produktive und gewinnbringende Arbeit dafür sorgen, dass der Staat leben kann.

Die Privatwirtschaft arbeitet, damit Gewinne erzielt werden. Daher ist es nur in der Logik der Sache, dass die Privatwirtschaft auch Steuern zahlt und somit den Staat funktionsfähig erhält. Hier sind jedoch auch andere Ansätze der Steuerpolitik anzuwenden. So ist auf das Ursacherprinzip zurück zu greifen. Bei den Autobahnen wird statt Jahresvignetten die Zahlung von Mautgebühren einzuführen sein. Denn, wer die Autobahn benutzt, der muß auch zahlen. So wird, egal wie weit jemand auf der Autobahn fährt, bei der Abfahrt von der Autobahn zwei Euro zahlen müssen. So werden die tatsächlichen Benutzer zur Kasse gebeten. Italien und Frankreich haben dieses System. Vielleicht führt das auch dazu, dass sich die Autofahrer mehr überlegen, ob jede Fahrt auch sinnvoll ist.

Sicher, für sogenannte Kurzstrecken, da könnte sich Etwas überlegt werden. So ist mit dem Ziehen eines Tickets es möglich bei der Ausfahrt festzustellen, wie weit jemand gefahren ist. Daher sind bis zu einer festzulegenden Strecke von der Einfahrt bis zur Ausfahrt diese als Kurzstrecken zu definieren und diese Strecken mit einem Euro als Maut zu begleichen. Alle Strecken darüber hinaus mit zwei Euro. Es könnten aber auch hier viele Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn bei jeder Ausfahrt die Stelle mit einer Person besetzt werden würde.

Es darf jedoch nicht dazu kommen, dass die Fahrzeuge unterteilt werden. Sowohl PKW, wie auch LKW zahlen die gleichen Gebühren.

Des Weiteren sind die Kosten besonders im Gesundheitsbereich auf die Kostenwahrheit zu prüfen und auf die Kostenwahrheit zu bringen. Dabei jedoch nicht die Oberfläche ständig zu behandeln, sondern die substanziellen und existenziellen Probleme zu lösen, ist nicht nur die Aufgabe und Herausforderung für die Gegenwart und Zukunft, sondern jene Notwendigkeit, dass die Funktion sichergestellt und gewährleistet ist, damit nicht die Gesundheit zum finanziellen Faktor degradiert wird.

Bei der Frage der Bildung muß unterschieden werden zwischen Wissen und Bildung. Denn Wissen kann käuflich erworben werden, Bildung ist jedoch eine Einstellung des Einzelnen, wie er oder sie an sich arbeitet und sich selbst bildet. Die Experimente mit den Schulen und Universitäten in jeglichen Formen, diese Experimente führen in geteilter Weise zu den Zielen. Zum Einen zertrümmert man gewachsene Strukturen, zum Anderen mag es doch für die Schüler vielleicht besser sein. Nur vergessen hier die Verantwortlichen, dass die Intelligenz etwas ist, was keiner politischen Kontrolle unterliegt. Intelligenz wird den Kindern mitgegeben oder verweigert. Aber niemand kann Intelligenz kontrollieren, geschweige denn zur Grundlage für Rechte machen. Die Absenkung des Niveaus auf die Dümmeren mag vielleicht den Ideologien entsprechen, aber der Schaden, der damit angerichtet wird, kann in dem finanziellen Fiasco nachgewiesen werden.

Doch das Alles sind die Auswirkungen der grundsätzlichen Fehler des Systems. Das beginnt schon damit, dass die Regierung im Vergleich zu einem anderen Land mit ziemlich gleich großer Bevölkerung, eine unnötig aufgeblähte Administration hat. Es geht auch anders, wenn der Wille vorhanden ist. Die Regierung kann auch mit nur sieben Ministerien auskommen, wenn die Struktur darunter neu gestaltet werden würde. Dazu gehört, dass die einzelnen Abteilungen in Bundesämter, Bundesbehörden und Bundesagenturen umgewandelt werden und von jeweils einem Direktor gegenüber dem Minister vertreten wird.

Diese Bundeseinrichtungen sind die Fachbereiche, die für die Bürger einen direkten Zugang haben. Sie vollziehen nicht nur die Bundesgesetze, sondern sind auch gleichzeitig Landesbehörden, die Landesgesetze vollziehen. Der Vorteil dabei ist, dass hier die modernen technischen Mittel optimal verwendet und eingesetzt werden können und so viele Wege vereinfachen.

chen und damit einen Spareffekt erzielen. Diese Einrichtungen können ergänzt und aufgelöst werden, je nachdem, wie der Bedarf gegeben sein wird.

Doch es geht grundsätzlich zuerst um eine Grundstruktur, der Ausbau ist dann eine andere Frage. Das Grundsätzliche ist bedeutend. Deshalb sind die Gedanken um die Grundstruktur zu machen und nicht um die Details. Denn auf der einen Seite muß der Staat neu definiert werden und genauso die vom Staat gewollten Systeme, wie Sozialsystem, Rettungswesen und dergleichen. Dazu kommen noch die Staatsbetriebe und deren Umgang damit.

Kanzler

```
graph TD; K(Kanzler) --> A[Außenministerium]; K --> I[Innenministerium]; K --> F[Finanzministerium]; K --> J[Justizministerium]; K --> V[Verteidigungsministerium]; K --> W[Wissenschaftsministerium]; K --> Wi[Wirtschaftsministerium];
```

Außenministerium

Innenministerium

Finanzministerium

Justizministerium

Verteidigungsministerium

Wissenschaftsministerium

Wirtschaftsministerium

Ministerium

Bundesamt

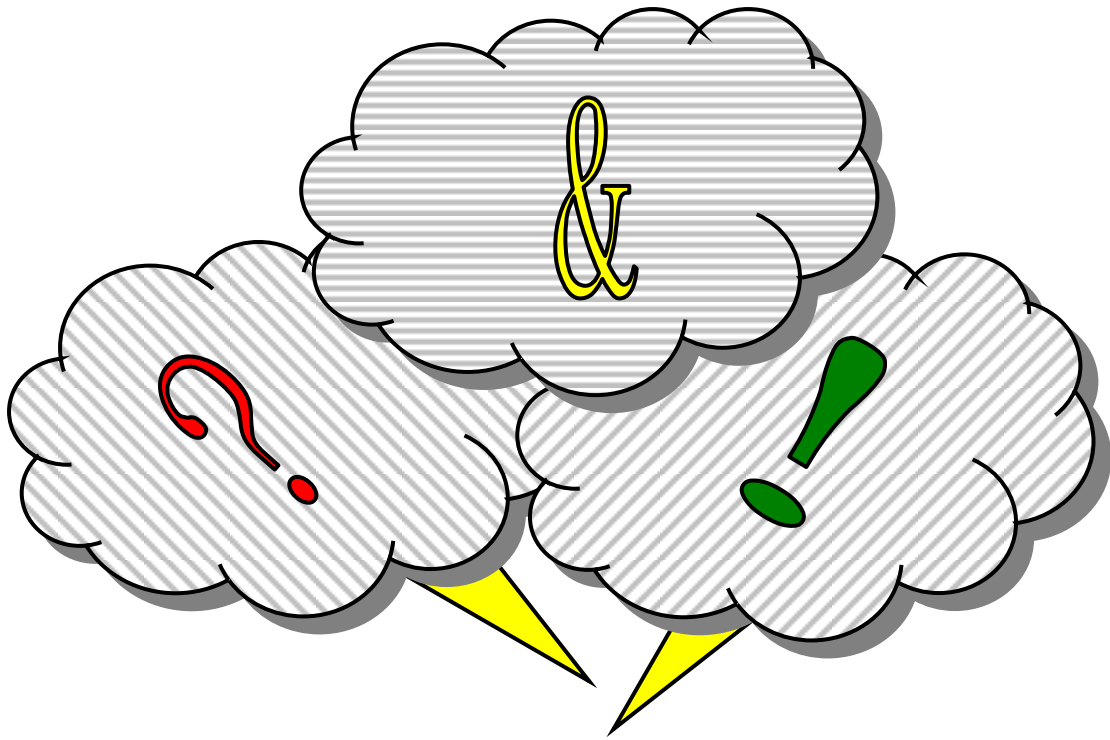
Bundesamt

Bundesbehörde

Bundesbehörde

Bundesagentur

Bundesagentur



Der andere Weg

Ein Versuch

Zu retten, was zu retten ist

Es gibt immer Zwei. Der Retter und der, der gerettet werden soll. Aber es nützt keinem Retter sein Engagement und Einsatz, wenn sich derjenige, dem geholfen werden soll, sich nicht helfen lassen will. Aus welchen Gründen auch immer, Beide müssen wollen, damit es einen Sinn macht.

So kann es nur immer ein Versuch sein, Einen in Not geratenen zu helfen. Doch dies trifft nicht nur auf Mensch oder Tiere zu, dies trifft auch auf Institutionen, Einrichtungen, Gruppen und dergleichen zu, weil jede sogenannte Körperschaft aus Menschen besteht, die Probleme haben.

Doch die Rettungsmaßnahmen passen sich der Situation an und nie den Vorstellungen der Menschen. Was als unverständlich erscheint, ist meistens die beste Maßnahme, damit der oder die Betroffenen wieder aus der Not herauskommen und auf einen neuen Weg gebracht werden können.

Niemand kann vorher sagen, ob die Betroffenen diese Hilfe annehmen und sich auf einen neuen Weg machen oder in Sturheit verharrend den alten Weg weitergehen. Ohne es jedoch versucht zu haben, wird so jede Situation nur Spiel- und Wettsüchtigen zu einem Grund für Spekulationen auf Kosten der Betroffenen.

Deshalb sind es zwar nur Gedanken und Anstöße, aber es ist immer noch besser als zu resignieren oder kapitulieren und jenen das Feld zu überlassen, die noch weniger Gutes im Sinn haben. Besonders im Blick zurück auf die Vergangenheit, die wir kennen und wissen, unter welchen Umständen was geschehen ist.

Wenn wir aus ideologischen Gründen Nichts lernen wollen, dann verdienen wir auch nichts Anderes, als das, was wir dann bekommen werden. Es müssen in keinem Fall diese Gedanken verwendet werden, das Einzige, was getan werden muß ist, sich darüber einmal ernsthafte eigene Gedanken zu machen.

Familienbuchhaltung

Wenn jeder Haushalt, ob Einzelpersonen, Lebensgemeinschaften, Familien oder wie auch immer, über die Ausgaben Buch geführt wird und die Mehrwertsteuern so ausgewiesen wird, dann kommen wir der Kostenwahrheit nahe. Denn so können wir konkret feststellen, wie groß die Kosten für Haushalte unter welchen Bedingungen wirklich sind.

Damit haben wir jedoch auch die konkrete Chance Sozialleistungen nach dem wirklichen Bedarf zu ermitteln. Denn es bräuchte dann nur das aufgefüllt werden, was wirklich gebraucht wird. Jedem das Seine und nicht jedem das Gleiche.

Sozialagenturen

Zu der Familienbuchhaltung empfiehlt es sich, ja ist sogar geboten, dass sich Sozialagenturen, die von eigenem Betreuungspersonal nur für die Angehörigen, sich bilden. Dabei darf es nicht dazu kommen, dass eine solche Sozialagentur sich aufbläht und eine unüberschaubare Anzahl an Mitgliedern hat. So darf eine solche Sozialagentur nicht mehr als maximal 500 Mitglieder haben.

Die Aufgaben dieser Sozialagenturen ergeben sich schon aus der Bezeichnung. Das Betreuungspersonal hat rund um die Uhr für die Angehörigen da zu sein, dafür zu sorgen, dass die Angehörigen auch das bekommen, was ihnen zusteht, die Angehörigen ständig zu informieren, über das, was Neu ist, dafür zu sorgen, dass Pflegebedürftige korrekt behandelt werden, und so weiter.

Jede Sozialagentur erhält eine spezifische Bezeichnung, einen Namen. So soll den Angehörigen die Möglichkeit gegeben werden eine soziale Identität bilden zu können. Jedoch sind bei allen Sozialagenturen die Dienstleistungen für alle Agenturen die Gleichen. Es hat weder die Politik, noch sonst wer das Recht die Agenturen zu kontrollieren, außer dem Rechnungshof. Nur die Angehörigen selbst haben die Pflicht und das Recht zu kontrollieren und jederzeit Einsicht in die Bücher zu nehmen.

Wie ein Personalausweis oder die E-Card der Krankenkassen, erhält jedes Mitglied einer Agentur einen Ausweis mit Foto. Mit diesem Ausweis kann so auch bei anderen Agenturen im Notfall Hilfe angefordert werden. Denn im Gesamten müssen diese Agenturen, wie ein Dienstleistungsunternehmen geführt und gesehen werden. Das heißt, was in anderen erreichen möglich ist, geht auch in diesem Bereich.

Die Grunddienstleistungen sind auf jeden Fall die Steuerberatung, die Familienbuchhaltung, die Information und die Übernahme der Verwaltungstätigkeiten, wie Anträge zu stellen und Formulare auszufüllen, das Letzte Konto (für den Todesfall die Bestattungskosten), Betreuung in Krankheitsfall, und noch viele Leistungen mehr.

Verzieht ein Angehöriger einer Agentur in eine andere Gegend, dann werden die Guthaben in die neue Agentur überwiesen, aber auch die Ausstände übertragen. Doch wenn vor Ort, wo-

von wir ausgehen können, mindestens zwei, wenn nicht sogar mehr Sozialagenturen geben wird, besonders in den großen Bevölkerungsgebieten, am Land wird es weniger brauchen, ist die Zusammenarbeit der einzelnen Agenturen leichter.

Jede Agentur hat die Möglichkeit über das Dienstleistungsprogramm hinaus eigene Veranstaltungen ins Programm aufzunehmen. Die Agentur wird von einem gewählten Gremium geleitet, welches alle fünf Jahre aus den Mitgliedern einen Delegiertenconvent wählt. Mindestens 10% der Angehörigen sind zu wählen. Diese wählen dann aus ihrer Mitte eine Geschäftsführung, die mit dem festangestellten Betreuungsteam die Agentur führen. Dieser Delegiertenconvent beschließt über die Programme und kontrolliert die Geschäftsführung. Werden Anträge eingebracht, was jedes Mitglied dieser Agentur kann, dann hat der Convent über die grundsätzliche Annahme zu entscheiden. Bei einer Annahme hat dann die Geschäftsführung über die Umsetzung zu beraten.

Die Sozialagenturen sind die Träger der Sozialbank.

Die Sozialbank

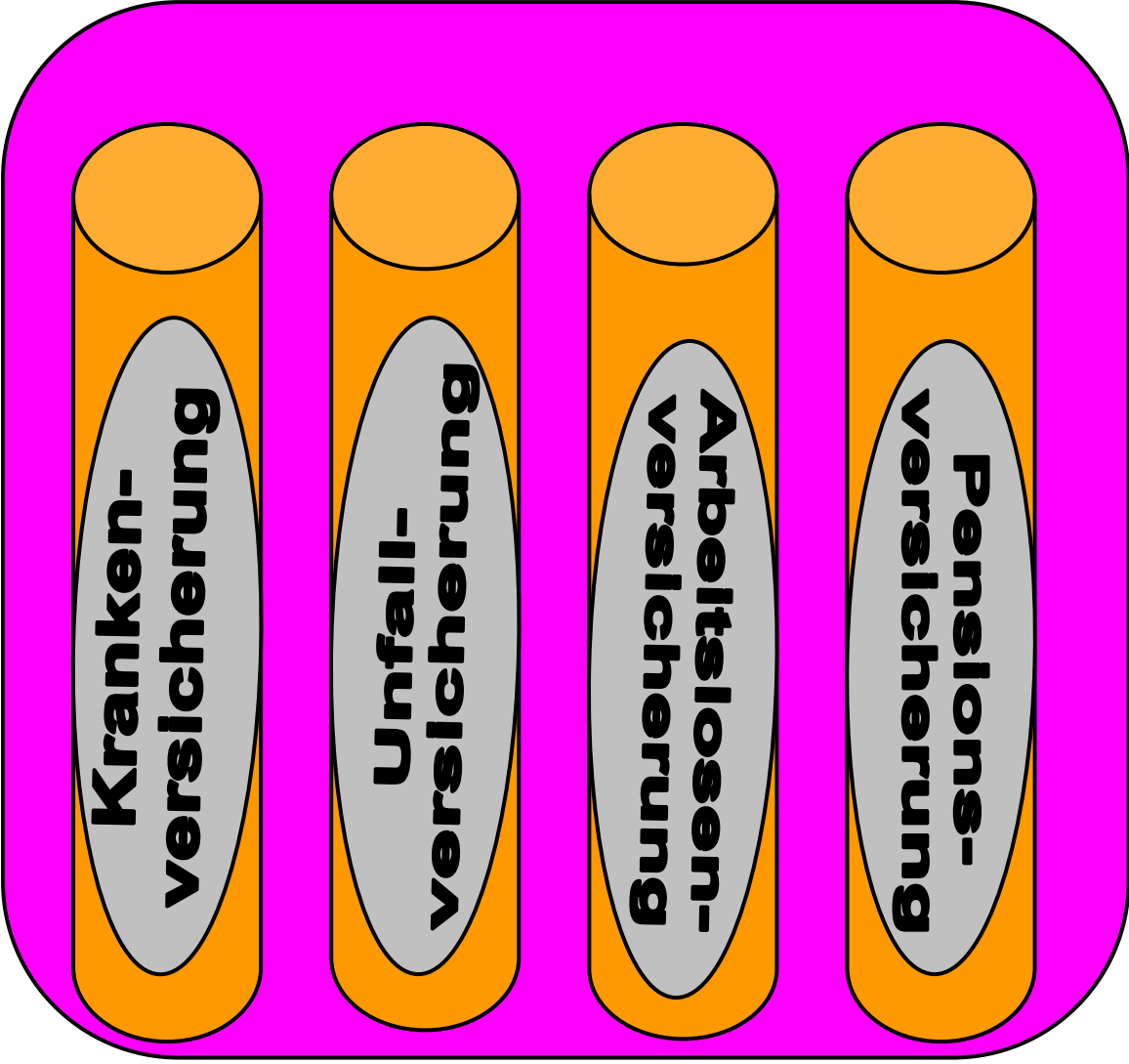
Die Sozialbank ist jener Gedanke und jenes Modell, welches das bestehende Sozialsystem ablösen und ersetzen soll. Denn in der heutigen Zeit ist ein System notwendig, welches kompatibel mit allen Länder ist. Zudem muß das System effizient und effektiv sein, also mit dem minimalsten Aufwand die maximalsten Leistungen bringen. Denn das derzeitige System kann deswegen nicht mehr funktionieren und auch nicht mehr finanziert werden, weil jene überflüssigen Kosten, die das System erzeugt, sind in der Verwaltung zu suchen und zu finden.

Die Vielfalt an Sozialversicherungsanstalten erzeugen nicht nur Kosten, sie sind zweckentfremdet für parteipolitische und ideologische Interessen, statt sich dem Zweck zu widmen. Statt Funktionäre muß das System funktionieren. Wieviele Sozialanstalten es auch in Zukunft geben wird, sie werden, wenn wir ein kompatibles und funktionierendes System haben wollen, sich entweder auflösen oder anderen Zwecken zuwenden müssen.

Die Sozialbank ersetzt das bisherige System und schränkt seine Tätigkeit auf die vier Bereiche: Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung. Dabei erhalten Alle eine Kontonummer, auf welche neben den Mindestpflichtbeiträgen auch jederzeit mehr eingezahlt werden kann. Je mehr jemand einzahlt, desto mehr erhält er oder sie, besonders in der Pension. Denn die freiwilligen Beiträge können für einen der vier Bereiche eingezahlt werden oder auf alle vier Bereiche aufgeteilt oder kombiniert werden und nur für drei oder zwei Bereiche gelten. Jedenfalls bestimmt über den Pflichtbeitrag hinausgehenden Beiträge der Einzahler selbst über die Verwendung.

Der größte Vorteil bei diesem System besteht darin, dass Hausfrauen sich hier genauso beteiligen können, wie auch Alle jene, die kein Einkommen oder Arbeit haben, aber sich freiwillig versichern. Dazu eröffnen sich Möglichkeiten, durch und mit der Sozialbank daneben Aktivitäten und Projekte aufzugreifen und umzusetzen. Denn im Gegensatz zu normalen Banken, ist der Sozialbank jegliche Spekulation und Investition verboten. Investitionen haben nach anderen Gesichtspunkten und Kriterien zu erfolgen, die von den zuständigen Gremien genehmigt werden müssen.

Die Mittel für die Sozialbank werden von Arbeitnehmer oder Einkommensempfänger gezahlt, weil Sozialleistungen schließlich individuell sind. Diese Beiträge werden vom Gehalt abgezogen. Die Steuern werden vom Arbeitgeber mit dem gleichen Satz an den Staat gezahlt. So entlastet es beide Seiten, weil sich die Verwaltung vereinfacht. Die Berechnung kann von jedem ausgerechnet werden und so auf die Richtigkeit selbst prüfen. Und werden nun auch die freiwilligen Beiträge dazugerechnet, dann kann das System funktionieren und finanziert werden.



**Kranken-
versicherung**

**Unfall-
versicherung**

**Arbeitslosen-
versicherung**

**Pensions-
versicherung**

Das Steuersystem

Die Probleme im Allgemeinen werden grundsätzlich mit den dümmsten aller Maßnahmen begegnet, nämlich mit der Erhöhung der Steuersätze und der Einführung neuer Steuern. Genauso dumm ist der Griff nach dem Vermögen. Es wird weder durch Steuern, noch durch die Enteignung von Vermögen nur ein Problem gelöst. Vielmehr werden dadurch die Probleme nur vergrößert und schafft neue Probleme.

Je weniger Steuern, desto mehr haben die Menschen und können damit wieder notwendige und unnötige Dinge kaufen. Und wenn das so eintritt, dann belebt es die Wirtschaft, zumindest nach den Gesetzen der Logik. Das gilt genauso für die Vermögen. Denn, wer arbeitet schon freiwillig für einen Staat, der selbst nicht in der Lage ist korrekt zu wirtschaften und grundsätzlich immer mehr Geld ausgibt, als einnimmt? Jeder Private wird bei diesem Verhalten von jedem Gericht zu langen Haftstrafen verurteilt. Jeder Mensch arbeitet, damit er oder sie ein Vermögen bilden kann, welches den Nachkommen vererbt werden kann.

Alles Andere macht sowohl die Arbeit, wie auch den Sinn des Menschen wertlos. Die Menschen nur noch als Sklaven für die Politik und die Wirtschaft, damit die Politik die entsprechenden Gesetze für die Wirtschaft machen kann und die Wirtschaft, damit sie billige Arbeitskräfte hat. Dabei ist es der Dummheit der Politik zu verdanken, dass die Arbeit wertlos wird, weil die Belastungen der Arbeit, wie auch des Lohnen dazu führen muß, dass Arbeit sich weder lohnt, noch bezahlbar wird.

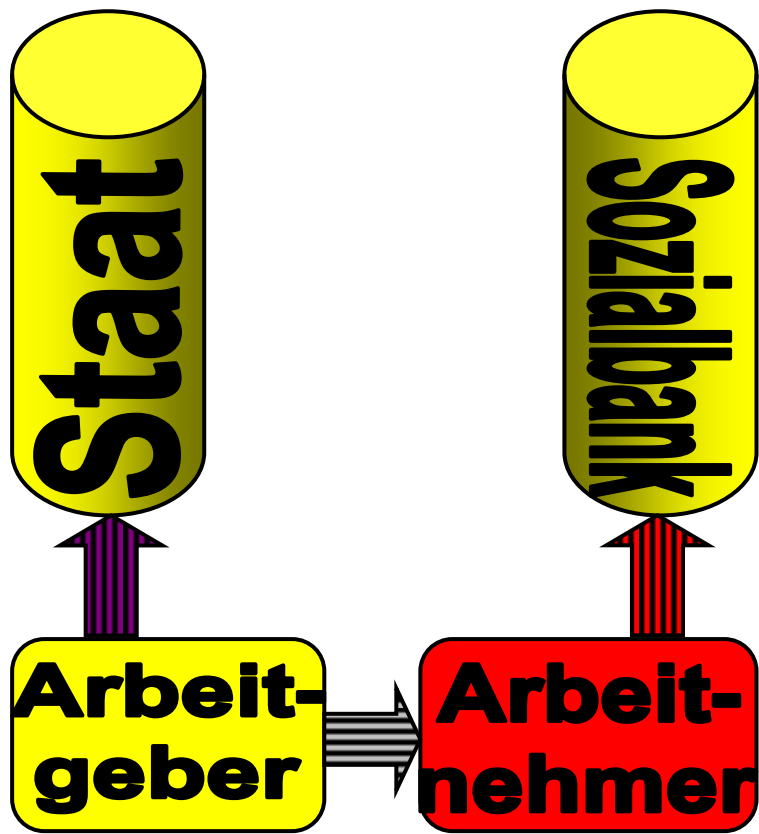
So ist die Auslagerung in Billiglohnländer nur die Konsequenz der Wirtschaft. Würde eine Liste aufgezählt werden, wer in China arbeiten lässt, dann können wir demnächst auch sagen, China gehört die Wirtschaft oder was davon bei uns übrig geblieben ist. Wir werden in Europa jede Form von Wirtschaftskrieg verlieren, weil die Arbeitsmoral in China uns weit überlegen ist und zudem so billig, dass es nach unserer Wertordnung genaugenommen Ausbeutung chinesischer Arbeitskräfte durch die europäische Wirtschaft ist.

Heute wird vom Rechnungshof empfohlen bei den Sozialleistungen zu sparen, wie auch in anderen Bereichen, die vom ideologischen Standpunkt der Parteien und der Politik mit der Lüge der wohlerworbenen Rechte bezeichnet wird, ist nun die Rechnung, die wir Alle zu bezahlen haben. Nur die Politik hat es bis heute nicht verstanden, dass sie selbst die Ursache

dafür ist, dass die Probleme in unterschiedlichen Tempi nach jedes Land in Europa erreichen wird.

Das erste Gegenmittel wäre die Umstellung des Steuersystems. Dazu braucht nur folgendes Gemacht werden. Ein einziger Steuersatz von nicht mehr als 20% bei Allem als Einheitssteuersatz. Dazu kommt noch, dass die Lohnberechnung von einem Berechnungsgehalt ausgeht, dem 20% Steuern für das Finanzamt zugeschlagen werden und 20% Sozialabgaben an die Sozialbank abgezogen werden. So zahlt der Arbeitgeber die 20% Steuern an das Finanzamt und der Arbeitnehmer zahlt 20% an die Sozialbank, weil nur er oder sie davon profitieren. Von dem Berechnungsgehalt werden mindestens 1000,-€ abgezogen und die Berechnung geht von dem aus, was über den 1000,-€ liegt. Bekommt jedoch ein Arbeitnehmer 1000,-€ und Weniger, dann werden 10% davon an die Sozialbank abgeführt und keine Steuern gezahlt.

Nach diesem Modell kann jeder sich ausrechnen und nachrechnen, was er oder sie am Ende wirklich hat. Und so ist es auch kompatibel mit allen Ländern Europas, wenn nicht wahrscheinlich sogar der Welt.

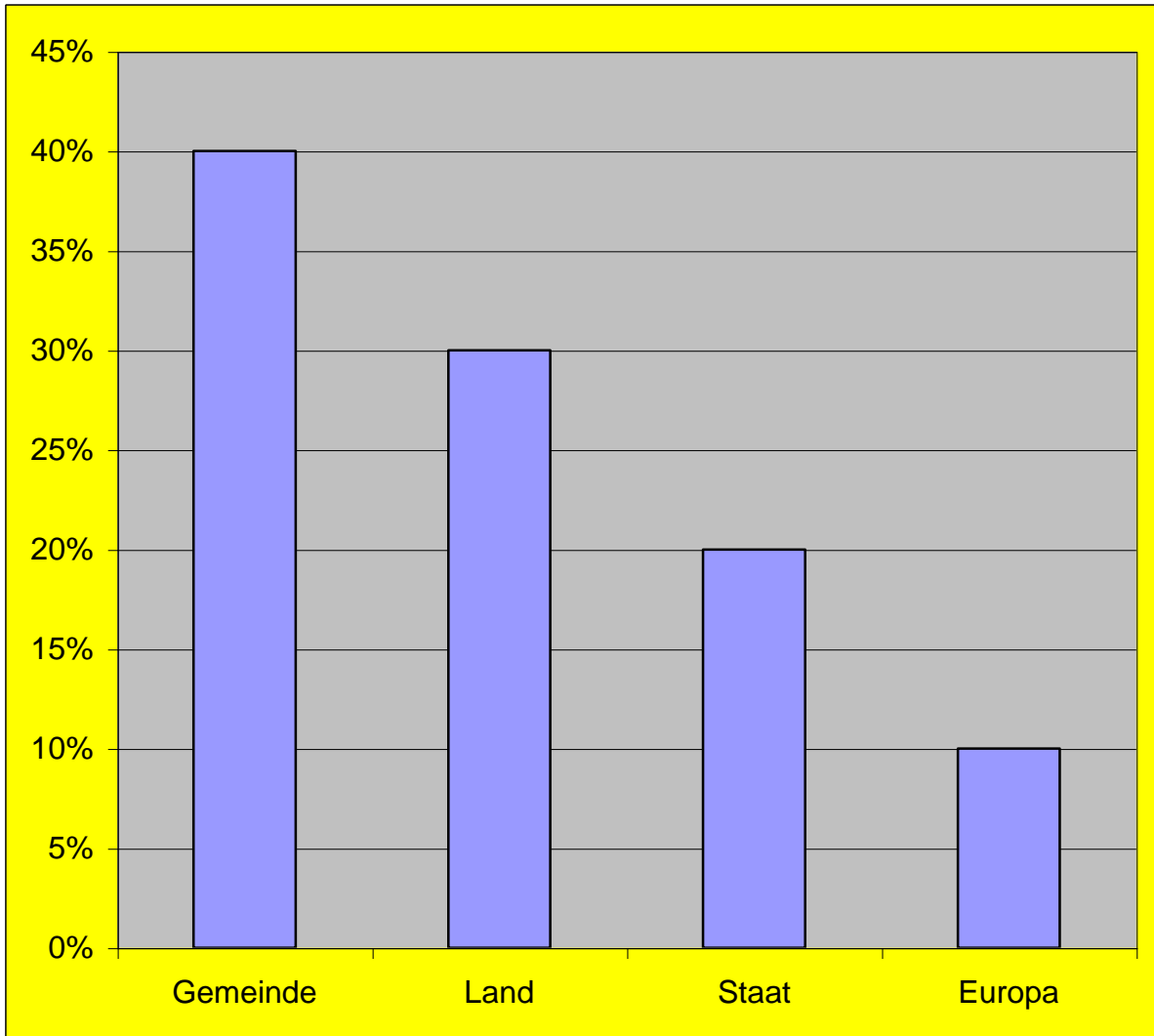


Die Steuerpyramide

Eine weitere Dummheit der Politik ist die Strukturhaltung, die nur kostet und nichts bringt. Sicher hat das auch System, denn so können die Geldmittel verteilt werden, ohne Rücksicht auf die Korrektheit und die Notwendigkeit derer, die es brauchen, wie ganz besonders die Gemeinden. Wenn wir schon ein Finanzministerium mit einem Finanzamt haben, dann können wir auch das System und die Struktur derart verändern, dass mit den geringsten Kosten sich die größte Wirkung erzielen lässt.

Eine Steuerpyramide würde dies möglich machen. Das heißt, das Finanzamt verteilt direkt nach einem Schlüssel die Steuern auf vier Ebenen. Die erste Ebene ist die Gemeinde, die zweite Ebene das Land, Kanton, Provinz, Departement oder wie auch immer, die dritte Ebene der Staat und die vierte Ebene Europa. So bliebe auf der ersten Ebene 40%, auf der zweiten Ebene 30%, auf der dritten Ebene 20% und bei der vierten Ebene dann noch 10%.

Damit können die Gemeinden langsam entschuldet werden, wie auch notwendige Investitionen gemacht werden, was bis hinauf sich auswirken wird. Da sich die Umwege der Steuern vermeiden lassen, steigert sich dazu die Effizienz und Effektivität, was eigentlich dem Spargedanken entgegenkommt. In Folge dessen kann die Landesbörse eingeführt werden.



Die Landesbörse

Die Gier und der Neid sind die Hauptantriebsfedern für die Dummheiten der Menschen. Sie investieren ihr Geld in Aktien und jammern dann, dass sie betrogen wurden. Gut, es ist das Eine, was sogenannte Finanzberater sagen, das Andere ist die menschliche Gier, der falsche Glaube an die falsche Religion des Kapitalismus. Die Bankenkrise ist auch dem irrealen Handel mit Aktien zuzuschreiben. Auf diese Art Geld zu investieren, mag einem kleinen Kreis vorbehalten bleiben, aber es muß eine Art geben, wie investiert werden kann, aber nicht spekuliert. Da kommt die Landesbörse ins Spiel.

Die Landesbörse ist eine Einrichtung, die von Investoren das Geld nimmt und dieses dann in Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe bis zu 50% steckt. Das bedeutet, die Investitionen sind Anteile und keine Aktien. Der Investor haftet mit dem Unternehmer oder dem Unternehmen. So sind Gewinne und Verluste breiter gestreut.

Dabei hilft die Landesbörse mit Dienstleistungen, wie Steuerberatung, Interessensvertretung, Wirtschaftsinformationen und andere Leistungen, die den Unternehmen helfen. Denn diese Größe von Betrieben schaffen die meisten Arbeitsplätze. So sollen auch rechtliche Fragen die Angehörigen der Landesbörse vor der Ausbeutung schützen, wie dies allzu oft bei den Paketdiensten und anderen Wirtschaftssystemen der Fall ist. Das sogenannte Franchisingssystem und Andere sind für eine korrekte Wirtschaft von substanzieller und existenzieller Bedeutung. Dabei soll und muß die Landesbörse helfen.

Die Landesbörse muß die Wirtschaftskammer ersetzen und diese als privater Verein betrachten, denn die Wirtschaftskammer ist keine Vertretung für kleine Betriebe, sondern nur für Große. So ist die Landesbörse eine Mischung von Investmentbank, Interessensvertretung und Dienstleistungseinrichtung.

Arbeit und Beschäftigung

Arbeit ist Beschäftigung gegen Entgelt. Bei Arbeit liegt eine Tätigkeitsbeschreibung vor, die nicht explizit erfolgen muß, weil aus der Tätigkeit sich die Beschreibungen ergeben. Eine Arbeitsplatzbeschreibung ist dann von einer bestimmten Notwendigkeit, wenn ein Arbeitsplatz kein klares Bild der Tätigkeit ergibt.

Beschäftigung ist Arbeit ohne Entgelt. Beschäftigung trifft vorwiegend auf Hobbies, private Tätigkeiten zu.

Eine ehrenamtliche Tätigkeit ist eine Beschäftigung, bei welcher dem Beschäftigten ein Ersatz der Unkosten gegeben wird. Meistens erhalten Ehrenamtliche wegen der Versicherung ein Mindesthonorar, zumindest wird aus versicherungstechnischen Gründen davon ausgegangen, als würde ein Ehrenamtlicher ein Mindesthonorar erhalten, damit eine Berechnungsgrundlage vorhanden ist.

Von diesen Definitionen ausgehend, stellt sich die Frage, wie sinnvoll ist es, wenn im Verhältnis Wenige dort eine Arbeit erhalten, wo Fachkräfte gebraucht werden? Für die Betroffenen, die eine Arbeit so erhalten ist es natürlich sehr sinnvoll, statt Arbeitslos vor sich hinzuvegetieren. Trotzdem ist es nur ein Tropfen auf dem berühmten heißen Stein. Deshalb ist es weit intelligenter, wenn durch Aktivitäten und Projekte eine langfristige Beschäftigung geboten wird, die Vielen die Möglichkeit gibt sich mit Etwas zu beschäftigen, als nur einem ausgesuchten Kreis diese Chance zu geben.

Zudem kommt, dass die Subventionen in die falschen Kanäle fließen und somit mit dem Geld, was für Machenschaften gezahlt wird die Probleme nicht gelöst werden, sondern kurzfristig verlagert. Das Prinzip der Sinnlosigkeit könnte hier durchaus eine machbare Chance bieten, die Ursachen für Entwicklungen zu verhindern, die sich sonst so auswirken, wie die Arbeitslosigkeit in der 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Legen wir das Prinzip von Guedelon hier zu Grunde, dann könnte dadurch ein Beschäftigungsplan erstellt werden, der dafür sorgt, dass zum Einen die betroffenen Menschen eine Beschäftigung erhalten, zum Anderen werden statt Subventionen die Geldmittel sinnvoll eingesetzt und haben eine Wirkung, die sich wieder auf das Ganze bezieht. Dabei werden hier

nicht einmal die Effekte berücksichtigt, die es im Sinne und Geist Europas ergeben werden, wie Identität.

Es steht natürlich der Politik frei den Unmut der Bevölkerungen weiter zu schüren, indem sie das Geld verschleudern, welches sie den Steuerzahler abpressen. Doch es ist nicht das, was die Politik will, sondern, was die Menschen brauchen, der Kern des Problems. Solange jedoch nur dem Nutzen partieller Interessen gedient wird, aus welchen Motiven auch immer, werden die Probleme niemals einer Lösung zugeführt werden können.

Daher ist davon auszugehen, dass es keinerlei Bedeutung hat, was die Menschen machen, solange sie dafür so bezahlt werden, dass sie davon leben können. Genauso wenig können für eine Beschäftigung die Maßstäbe der Sinnhaftigkeit angelegt werden, weil selbst die Industrie sowohl sinnlos produziert, wie auch nach sogenannten Marktgesetzen in Massenproduktion dies macht, damit es gekauft werden kann. Für sich stimmt diese Logik, jedoch nicht im Gesamten betrachtet.

Vor allem muß berücksichtigt werden, dass der Faktor Zeit eines der Übel ist, die uns Alle in der Krisensituation festhält. Ob nun für die Berechnung der Zinsen im Finanzsektor oder in einer Produktion, es führt zum Einen dazu, dass wir nur überproduzieren, zum Anderen wir alle jene Ziele, die sonst noch uns direkt betreffen, deswegen missachten, weil wir damit nicht die Gewinne erzielen, die wir in Zahlen ausdrücken können.

Der einzige echte Gewinn wird sein, wenn die Menschen keine Angst mehr um ihre Existenz haben und sich nicht von Versprechen und Schuldzuweisungen beeinflussen lassen. Aber es gibt auch die Chance, dass völlig neue Formen von Arbeit und Beschäftigung sich eröffnen lassen, die eine Abkehr von dem sogenannten Üblichen, dem Gewohnten bedeutet. Jedoch, solange wir uns selbst nicht klar sind, was wir wollen, wie können wir es von Anderen verlangen?

Festzinsen

Neben der sogenannten Transaktionsteuer wäre ein Nachdenken angebracht über die Zinsen. Das heißt, das Zinssystem, wie es bisher üblich war und ist, muß abgeschafft werden und durch eine andere Art des Zinses ersetzt werden. Der feste Zins wird für die Zukunft sowohl der Finanzwelt, der Staaten, wie auch der Wirtschaft und der Privaten von einer eminenten und existenziellen Bedeutung sein. Dieser feste Zins wird die Substanz der Finanzen sein, wenn wir nicht wollen, dass Alles in den Abgrund geht.

Es ist vielleicht viel zu einfach, dass es überhaupt als Gedanken wahrgenommen wird. Denn jeder Kredit wird mit dem Faktor Zeit berechnet, was eine Form von Sklaventum ist. Dazu kommt, dass diese Form von Verzinsung auch ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung ist, weil sich die Gier festbeißen kann und so nur die finanziellen Interessen getrieben und die realen Produkte und Dienstleistungen zu Nebenerscheinungen werden. Wenn es jedoch zu einem sogenannten Wirtschaftswachstum kommen soll, dann muß zuerst unterschieden werden zwischen einem Wachstum der Quantität und einem Wachstum der Qualität. Die Quantität bezieht sich auf die Masse der Produkte und die Qualität bezieht sich auf die Innovationen.

Wer Wirtschaftswachstum mit Quantität gleichsetzt, der wird sich an der Zerstörung unserer Welt aktiv beteiligen, denn die Ausbeutung mag im Moment vielleicht ganz Wenigen zu Gute kommen, doch das Ende ist berechenbar und absehbar. Wer jedoch auf das Wirtschaftswachstum der Qualität setzt, dem geht es um die Beschäftigung und nicht zuerst um den Gewinn. Hier entsteht der Gewinn erst durch das allgemeine Tun und Handeln. Dies aber setzt voraus, dass Kredite nicht mit dem Zeitfaktor, sondern mit dem Festzins versehen werden.

So wäre ein Festzins jener Betrag auf die Kreditsumme, die bekannt ist und damit Sicherheit für den Kreditnehmer bedeutet. Als ein Beispiel. Kreditsumme sind 1000,-€. Der Festzins beträgt 12%. Dann sind dies 120,-€. Also muß der Kreditnehmer 1120,-€ zurückzahlen. Natürlich kann ein solcher Kredit nicht auf unbegrenzte Zeit vergeben werden, sondern der Kredit ist in einem Zeitrahmen, der vorher festgelegt wird. So kann der Kreditnehmer ausrechnen, wieviel er zurückzahlen muß und er kann sich auch ausrechnen, wieviel dies im Monat wäre. So kann dann jeder flexibler arbeiten. Einmal kann der Kreditnehmer mehr zurückzahlen, dann wieder weniger, immer der Situation angepaßt.

Dieses System wäre auch weit gerechter und könnte viel an Subventionen ersparen helfen. Es könnten auch damit vielleicht Pleiten verhindert werden oder sie reduzieren. Jedenfalls wird für die Unternehmer die Berechenbarkeit besser und somit könnte auch anders kalkuliert werden, was sich auf die Preise auswirken könnte. Zudem kommt es der Kostenwahrheit entgegen, die viel zu Vieles wieder in die richtige Richtung bringen würde.

Mobilität

Mobilität ist so gesehen ein dehnbarer Begriff, denn unter mobil zu sein kann auch Flexibilität gemeint sein. Es gehören sowohl die wörtliche Bedeutung, also die Beweglichkeit des Menschen, sich von Ort zu Ort zu bewegen, wie seine Tätigkeiten ständig zu verlegen und so der Arbeit nachzugehen im ebenso wörtlichen Sinn.

Doch die Mobilität hat seine Schattenseiten. Ginge es nach den Interessen der Wirtschaft, so hätten wir eigentlich nur Straßen, zubetonierte Landschaft, damit die LKW's überall hinkommen und Parkplätze für die Arbeitnehmer in ausreichendem Ausmaß vorhanden sind. Doch Straßen führen nicht zu Mobilität, sondern nur der Ausbau der Schiene. Die Schiene ist das Modell, welches über große Distanzen mehr Transportkapazität aufbringen kann, als es die Straße kann.

Daß die Schiene nicht funktioniert liegt daran, dass zwar die Hauptstreckennetze ausgebaut werden, jedoch die Nebenbahnen, unabhängig der Spurweite, aufgelassen oder eingestellt werden. Die Gründe sind augenscheinlich aus wirtschaftlichen Argumenten, die dieser Entwicklung Vorschub leisten. Zudem ist der aktive und akute Abbau der Dienstleistungen der Bahn ein weiterer Faktor, der dazu führt, dass wir die Probleme nicht lösen, sondern nur neue Probleme erzeugen.

Die Befassung mit dem Thema Mobilität hat nicht nur Auswirkungen für den Umweltschutz, sondern genauso auf die Tourismuswirtschaft, weil gerade der Tourismus von der Mobilität abhängt. Ohne Mobilität auch kein Tourismus. Sehr wohl sind die Probleme für den Tourismus selbst von völlig anderer Art, jedoch ist die Grundlage für den Tourismus die Mobilität. Es hängt das Eine vom Anderen ab und zusammen.

Je nach Standpunkt und Sichtweise wird jedes Konzept immer nur so gut und sinnvoll werden, wieweit in die Zukunft gedacht wird. Dennoch werden keine noch so optimalen Visionen das bringen, was die Tourismuswirtschaft bräuchte, solange etliche Fakten nicht geändert werden. Im Blick auf die Klimasituation, die uns Menschen sagt, wo es lange gehen wird, müssen wir flexibel sein, denn das Klima nimmt keinerlei Rücksicht auf uns. Das wird auch bedeuten, dass die bisherigen sogenannten üblichen Angebote vergessen und durch völlig neue und ungewöhnliche Angebote ergänzt und teilweise ersetzt werden müssen.

Sollen die verschiedenen Tourismusregionen des Landes erfolgreich bleiben, dann sollte sich ein Umdenken einstellen und langsam ein gegensätzliches Angebotsprogramm zum derzeitigen Angebot einschieben. Natürlich kann die Tourismuswirtschaft Millionen in Agenturen stecken, die Frage bleibt stehen, welchen Sinn es macht, wenn die Ideen dieser Agenturen nur teuer sind. Es liegt in unseren eigenen Händen, was wir hier vor Ort mit den Möglichkeiten machen.

Daß wir erst am Beginn der Möglichkeiten stehen, die vor uns liegen, beweist das Verhalten der Touristiker im Allgemeinen durch eine dogmatische Phantasielosigkeit. Tourismus kann genauso wenig gemacht werden, wie ständig gegen die Natur zu arbeiten. Solange wir uns einbilden, dass wir die Natur nach den „angeblichen“ Wünschen der Gäste oder unseren eigenen Vorstellungen richten und anpassen könnten, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Probleme immer größer werden.

Tourismus kann man nicht machen, Tourismus ergibt sich. Daher kann Tourismus nicht nach den Vorstellungen von Funktionären laufen, sondern nur von Funktionären nach vorgegebenen Möglichkeiten gestalten. Aber hier liegen die größten Denkfehler vor. Denn aus diesen Möglichkeiten und mit diesen Möglichkeiten zu gestalten und zugleich für die Gäste ein Angebot zu bieten, vor dieser Aufgabe wird in Zukunft die Tourismuswirtschaft stehen.

Sollen wir hier weiterhin auf internationale Tourismuseinfalt hinarbeiten mit ein wenig lokalem Kolorit versehen? Obwohl sichtlich die Bemühungen vorhanden sind auf die Wurzeln zurück zu kommen und die Eigenheiten des Landes hochzuhalten, müssen in anderen Bereichen noch sehr viele Änderungen vorgenommen werden.

Gesundheit

Mit Sicherheit ist die Gesundheit das Wichtigste für die Menschen. Krankheiten können sich bald nur noch diejenigen leisten, die genügend Geld haben. Also stimmt es, dass Arme früher sterben. Dennoch bemühen sich die Staaten ein Gesundheitssystem zu erhalten. Trotz aller Sparmaßnahmen. Doch der Fehler liegt hier genauso im System, weil daraus ein Politikum gemacht wird. Deshalb muß das Gesundheitssystem aus den Klauen der Politik genommen werden.

Im Wissen, wo die Kosten anfallen, sind Reformen und Umstrukturierungen keine Lösung als solche, sondern ausschließlich nur ein mögliches Ergebnis eines kompletten Modell für ein funktionierendes und finanzierbares Gesundheitssystem im Ganzen. Das beginnt schon damit, dass bei den Medikamenten eine Verschwendung gesetzlich vorgeschrieben wird, die absolut keine Notwendigkeit hat. Jeder Arzt muß nur so viele Tabletten, Pillen und Tropfen verschreiben können, wie der Patient wirklich braucht. Wieso soll ein Patient zwanzig Pillen in einer Schachtel kaufen müssen, wenn dieser Patient nur fünf Pillen braucht?

Die Förderung von Gemeinschaftspraxen führt ebenso zu einem Spareffekt, weil der Patient nicht von Ort zu Ort und Arzt zu Arzt laufen muß, weil Alles in einem Haus ist und viel schneller behandelt und erledigt werden kann. Doch das ist auch nur ein Teil des ganzen Systems. Die Hausärzte sind am Anfang der Kette und hätten eine weit größere Möglichkeit für das Gesundheitssystem Kosten sparen zu helfen. Denn, wenn die Hausärzte für bestimmte Krankheiten eine Art Minispital hätten, bei denen die Angehörigen mitbetreuen könnten, dann wäre es ein Sparpotential. Besonders auf dem Land wären diese Gedanken von einer existenziellen Grundversorgung notwendig. Muß jeder sofort ins Spital? Kaum, denn Vieles kann sehr wohl und sehr gut im Kleinen gemacht werden.

Die Entwicklung der Medizin zu einem von Maschinen und Computer beherrschten System, kann nur teuer sein. Doch welchen Sinn macht es, wenn jedes Spital alle Geräte auf dem neuesten Stand hat und nicht derart ausgelastet sind, dass sich zumindest die Anschaffung auf Null ausgeht. Es müssen keinesfalls Gewinne erwirtschaftet werden, aber die Gerätschaften müssen sich rentieren.

Wirtschaft

Der größte Verursacher der Krisen und Fehlentwicklungen ist die Wirtschaft. Auch wenn wir Alle davon leben, die Wirtschaft ruiniert sich selbst durch ihr eigenes Verhalten. Beim Sport gilt, schneller, weiter, höher, aber hier wird die persönliche, individuelle Leistung gemessen. Auch wenn fast ausschließlich heute dabei nachgeholfen wird. Im Sport sind die Grenzen erreicht und hat natürliche Grenzen. Im Gegensatz zur Wirtschaft.

Die Wirtschaft will Gewinne machen, was per se nicht schlecht ist. Doch es werden die Kosten der Konsequenz nicht berücksichtigt, was dazu führen muß, dass wir uns in die Katastrophe wirtschaften. Die dümmste Argumentation in diesem Zusammenhang ist der Begriff der Wettbewerbsfähigkeit. Nun kann hier nicht der Wirtschaft alleine die Schuld zugewiesen werden, denn die Faktoren, die dazu führen, dass sich die Wirtschaft zu Tode rationalisiert, liegen in den Umständen, dass sich Gewerkschaften und Politik, wie Zuhälter sich in die Unternehmen einmischen. Die Gewerkschaften wollen sich, wie die Politik, der Gewinne bemächtigen.

Jeder Bürgermeister sieht nur die Steuern, die ein Unternehmen abführen muß, wenn sich ein Unternehmen in einem Dorf niederlässt. Und wenn es ein Unternehmen aus dem Ausland ist, dann macht man Schulden für die sogenannte Infrastruktur. Und wenn dann die steuerfreie Zeit vorbei ist, dann siedelt sich das Unternehmen in eine andere Gegend, dort, wo es am billigsten ist, vorallem bei den Personalkosten. So wird irgendwann unsere Wirtschaft zwar das Hauptquartier bei uns haben, doch die Arbeit wird in China gemacht.

Das Problem wäre fast gelöst, wenn das Handwerk wieder aufleben würde, wie es einmal war. Es sind das keine Reminiszenzen an die alte Zeit, sonder die alte Zeit ist die Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit. Natürlich muß die Politik auf sehr Vieles verzichten lernen, besonders auf die Belastungen des Arbeitslohnes. Die Arbeit darf nicht mehr die Lasten tragen, das Material muß teurer werden. Damit wird auch sicherlich der sorgsamere Umgang mit unseren Ressourcen zum obersten Wirtschaftsgesetz und nicht der Markt.

Es kommt noch dazu, dass die Arbeitswelt generell einer neuen Ausrichtung bedarf. Das heißt, die Gestaltung der Arbeitswelt muß von den erstarrten Formen gelöst werden und sich flexibel der Situation anpassen. So wird der Gedanke an die Tagelöhner als flexible Arbeits-

kraft, im Gegensatz zu den Leiharbeitern, wieder hervorgeholt werden müssen. Denn mit den Tagelöhnern soll es möglich sein, dass sich Viele ihre Arbeitskraft und Arbeitszeit frei gestalten können.

Bildung und Wissenschaft

Der große Irrtum von Ideologen ist, dass die Menschen erstens alle gleich sind, zweitens Alle das Maturaniveau haben müssen und drittens auf die Universität gehen sollen. Daher werden Experimente mit der Schulausbildung gemacht, die kaum bis gar keine Rücksicht auf die Intelligenz der Kinder nimmt, wie es notwendig wäre, damit wirklich die intelligentesten Kinder zu der Ausbildung kommen, die für das Weiterkommen geeignet sind.

Sicherlich werden heute mehr denn je die hochbegabten Kinder, sobald es erkannt wird, besonders gefördert. Es mag nun nach dem missbrauchten Begriff der sozialen Gerechtigkeit nun einmal nicht gerecht sein, dass es sehr wohl eine Minderheit der Intelligenz gibt. Doch die Masse der durchschnittlich intelligenten Menschen sind ungeeignet für die Universitäten. Das Niveau nach unten zu drücken und der Masse der Dummen anzupassen, mag vielleicht für die Ideologen und Politiker für die Wahlen zu Gute kommen, der Schaden dadurch wird sich katastrophal auswirken.

Wenn die Menschen sich dem Irrtum unterwerfen, dass Alle das Recht haben auf die Universität zu gehen und das dazu kostenlos und umsonst, dann fehlt es an der benötigten Intelligenz. Wer intelligent ist, weis, dass Wissen käuflich ist, Bildung jedoch ausschließlich die Arbeit an sich selbst und nicht erwerbbar ist. Über das, was an Wissen den Kindern in den Schulen beigebracht werden soll, darüber können wir durchaus diskutieren, nur wenn es um Bildung geht, dann nicht mehr.

Intelligenz orientiert sich nach oben. Daher können wir das Niveau nicht senken, sondern wir müssen die Anforderungen nach oben verschieben, damit wirklich nur die Intelligenz eine Chance hat. An den Finanzen darf und kann es nicht scheitern, wenn wir bedenken, was Alles subventioniert und unterstützt wird, dann kann das kein Problem sein.

Eine sehr gute Ausbildung kann kaum von einem Dienstrecht abhängen. Kein Recht, kein Gesetz kann ein Niveau festlegen, sondern nur sehr gute und noch besser ausgebildete Lehrer erfolgen. Auch kann das Engagement der Lehrer durch kein Dienstrecht und kein Gesetz erreicht werden. Aber die engagierten Lehrer zu fördern, das kann festgelegt werden. Daß sich im Schulsystem sicherlich Vieles verändert und geändert werden muß, ist richtig, nur das Wie ist derzeit mit den Vorstellungen sehr bedenklich.

Demokratie
Traum und Albtraum
der und für die
Menschheit

Die Begriffe sind das Eine, die Bedeutung das Andere. Besonders dann, wenn Begriffe in jedermanns Mund ist, jedoch nur die wirklich Allerwenigsten deren ursprüngliche Bedeutung kennen. Und die Begriffe selbst eignen sich hervorragend für die Erfüllung von Vorstellungen, Vorurteilen und Wunschdenken. Daraus resultiert auch der Missbrauch der Sprache, die die Bedeutung der Begriffe dem Wunschdenken, den Vorstellungen und Vorurteilen anpasst.

Nur am Begriff Demokratie soll hier versucht werden, sowohl die falsche Wahrnehmung der Bedeutung, wie auch Wege zur optimalen und machbaren Form der Demokratie, aufzuzeigen. In keinem Fall kann dies als endgültige Sicht auf die Demokratie gesehen werden, sondern nur als Versuch, aus einer derzeit besten Möglichkeit ein Modell zu entwickeln, welches das Prinzip der Allgemeingültigkeit erfüllt und ohne Rücksicht und Einfluß auf das Reifenniveau der eigenen Bevölkerung trotzdem praktikabel ist.

Doch zuerst ist einmal zu klären, woher der Begriff und die Bedeutung kommen. Wir kennen aus der Geschichte der Antike, daß die alten Griechen schon das Prinzip hatten, was Alle betrifft, muß auch von Allen entschieden werden. Also das Volk entscheidet darüber, was es will und wohin es sich entwickeln möchte. Denn Demos heißt Volk, Bevölkerung und Kratos ist die Herrschaft, Macht.

Nur hatten die alten Griechen ihre Demokratie, vorallem in Athen keineswegs in unserem heutigen Verständnis praktiziert, sondern das Recht des Demokraten bestand darin, daß dieser zu einer gesellschaftlichen Gruppe gehörte, die das Recht auf Mitbestimmung hatten. Jeder Athener, der die Bedingungen dafür erfüllte, durfte dieses Recht in Anspruch nehmen. Denn damals gab es auch den Stand der Sklaven und Unfreien, die dadurch von der Mitbestimmung ausgeschlossen waren. Für die Demokratie unterschieden die Athener die Polites und die Idioten. Die Polites bestimmten und die Idioten mussten die Entscheidungen so oder so akzeptieren und mittragen.

Eine für die heutige Zeit undenkbare Situation, aber die Zeiten können nicht verglichen werden, nur die Prinzipien selbst. Deshalb können wir heute auf die damalige Demokratie zurückschauen. Aber wir können nur das Prinzip übernehmen, nicht die Praxis selbst, auch wenn dies Vielen entgegenkommen würde. Trotzdem ist heute genauso die Situation der Demokratie in einer dem Wesen der Demokratie entgegenstehenden Weise gegeben, wie für uns heute die Situation damals.

Von allen Demokratien, die vergleichbar sind, ist einzig und alleine die Schweiz die Demokratie, die dem Wesen, dem Begriff und der Bedeutung am fast vollkommensten entspricht. Aber nur fast vollkommen, weil es niemals eine vollkommene Demokratie geben kann. Dennoch ist in der Schweiz Etwas vorhanden, was der Demokratie Leben gibt. Ein Geist, der selbst die Unterschiede immer gleichwertig betrachtet und nicht zweitklassig. Das heißt, nicht wer Recht hat ist besser, er oder sie hat dann nur die Mehrheit hinter sich. Trotzdem ist die Minderheit nicht schlechter oder liegt falsch.

Ob wir heute bewusst oder unbewusst die Form der Demokratie der alten Griechen übernommen haben und auf unsere Verhältnisse adaptierten, mögen fachlich versierte Kreise beurteilen, jedenfalls waren die Polites der Antike im Vergleich zu heute die Parteien. Denn die Parteien damals waren Personen und Anschauungsbezogen und nicht nach Ideologien und Programme ausgerichtet. Dies hatte nie mit einem Parteiprogramm in irgendeiner Weise etwas zu tun, sondern die Person, um die sich Anhänger scharten, befürworteten die Ansichten dieser Person. Vergleichbar könnte dies mit Ideen sein, aber nie mit politischen Programmen, wie heute.

Auch wenn damals im alten Griechenland in den einzelnen Stadtstaaten die Demokratie nur einer bestimmten Schichte von Menschen zugänglich war, so war dies für diese Zeit schon ein Fortschritt in der Entwicklung. Zudem kommt, daß diese Menschen weit reifer für die Demokratie waren, als wir es heute sind. Wir heute dagegen glauben, wir hätten die Demokratie erfunden und die Antike hätte nur die Anstöße dazu gegeben.

Der Denkfehler hier ist, daß wir die Antike nicht mit der Gegenwart vergleichen können, weil heute völlig andere Voraussetzungen gegeben sind, als damals. Während in der Antike sich das Staatswesen völlig anders entwickelt und ergeben hat, also andere Grundlagen hatte, haben sich in der heutigen Zeit Voraussetzungen entwickelt, die der Antike absolut unbekannt und fremd gewesen wären. So war zum Einen das Staatswesen auf kleine überschaubare Einheiten und Größen beschränkt, im Gegensatz zu heute, zum Anderen war auch die Einstellung der Menschen eine völlig andere, weil damals die Menschen selbst über ihr Schicksal entschieden haben und dieses mit allen Konsequenzen verteidigten.

Natürlich haben die Griechen damals auch ihre Führer gewählt, die für Alle die Geschäfte ihrer Stadt durchführten, denn die Demokratie kann in keinem Fall Entscheidungen treffen,

die aus dem alltäglichen Geschäft entstehen. Dazu braucht es immer einzelne Personen, die die Geschäftsführung für Alle übernehmen. Was damals geschah wissen wir deshalb, weil Alles aufgeschrieben wurde. Sicher, auch wenn wir heute nicht lückenlos alle Aufzeichnungen kennen und haben, so sind die vorhandenen Aufzeichnungen dennoch aufschlußreich genug, daß wir heute trotzdem erkennen können, wie es damals war.

So kann und ist jeder Vergleich der Demokratie von damals vom Standpunkt von heute aus sowohl unzulässig, wie auch unmöglich. Das Einzige, was von damals bis heute geblieben ist, ist der Begriff Demokratie. Würden die antiken Griechen von damals heute unsere Demokratie kennenlernen und von ihrem Standpunkt aus beurteilen, wir Alle könnten davon ausgehen, daß die Griechen Alles tun würden, damit dieser Begriff niemals existieren würde. Denn, wenn sie sich damals nur im Traum vorstellen hätten können, was aus einem Begriff gemacht werden wird, dann wäre niemals Demokratie damals entstanden.

Gut, dies sind Spekulationen, doch sie sind sicherlich nicht weit einer eventuellen Wirklichkeit entfernt. Denn bis zur heutigen Form der Demokratie war es ein weiter Weg und dennoch ist dieser Weg noch lange nicht beendet. Denn die Demokratie ist noch immer nicht die Demokratie, wie sie sein soll, weil sie sein könnte, wie es die Bezeichnung des Begriffes, also die Bedeutung sagt. Aber wer nun glaubt, daß Demokratie in einer reinen, puren Form existieren könnte, der lügt sich selbst Etwas vor, was nur der Demokratie schaden kann, wie auch zum Selbstbetrug für den Menschen wird.

Die lange Zeit von der antiken Demokratie der Griechen bis heute hatte sicherlich keine Ansätze für Demokratie zu verzeichnen und dennoch waren immer Möglichkeiten vorhanden, daß grundsätzliche Impulse in allen Arten der Regierungsformen für Demokratie gegeben waren. Daß diese Impulse keine Wirkung zeigten, lag nie daran, daß es nicht erwünscht gewesen wäre, vielmehr daran, daß das Denken in den jeweiligen Zeiten sich die Ordnungen nach ideologischen Prinzipien zurechtgelegt haben. So urteilen wir heute über die Herrscher von damals ohne zu wissen, wie sie selbst durch deren Umfeld und Umgebung beeinflußt wurden.

Die wenigsten Herrscher haben von sich aus einem Absolutismus das Wort geredet. Vielmehr sind hier die Berater und Nutznießer absolutistischer Systeme als Grund für die Zustände damals in Betracht zu ziehen. Zudem darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß die Bevölkerung nur sehr selten mit Bildung belastet war. Ebenso konnte damals kaum Vergle-

che mit anderen Systemen angestellt werden, weil die Kommunikationsmöglichkeiten sehr beschränkt waren. Dagegen waren diejenigen, die Fremdes gekannt haben, also in der damaligen Welt herumgekommen sind, nicht mit jener Verlogenheit gekennzeichnet, wie dies heute der Fall ist. Daher konnten die Menschen auf die Berichte über fremde Länder und Völker den Berichterstattern vertrauen. Daß jedoch die Erkenntnisse in keinem Fall mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen von heute einen Vergleich standhalten, ist klar, weil die damaligen Erkenntnisse sich dem Weltbild der römisch-katholischen Kirche unterordnen mußten. Denn die römisch-katholische Kirche bestimmte, was die Menschen wissen durften.

Deshalb sind die echten Wissenschaftler immer im Gegensatz und in der Konfrontation mit der Kirche gewesen und bis heute gilt dies. Wenn auch abgeschwächter und zivilisierter. System und Umstände bedingt konnte sich sehr lange kaum eine Entwicklung ergeben, die eine langsame Reifung der Bevölkerungen, der Menschen für eine Demokratie zugelassen hätte. Und nur, weil einige Wenige sich ein System vorstellen, welches einem optimalen Zustand am Nächsten kommt, bedeutet dies keineswegs und in keinem Fall, daß ein solches System auch optimal ist und jederzeit und sofort andere Systeme ersetzen könnte.

Im Gedanken ist jedes System ein Ideal. Ob Demokratie oder das kommunistische System, ob eine Diktatur oder ein Ständestaat, was auch immer, gedanklich funktionieren diese Systeme alle. Nur die Wirklichkeit und die Gesetze, denen die Menschen unterworfen sind, ob wir dies wahrhaben wollen oder nicht, wir unterliegen Gegebenheiten, die jedes System scheitern läßt. Denn dadurch, daß die Menschen derart unterschiedlich sind und diese Unterschiede nicht in eine Norm gebracht werden können, scheitern alle System daran, daß sie gegen das Wesen des Menschen gerichtet sind.

Die einzige Möglichkeit, daß die Menschen in ein System gebracht werden könnten wäre, wenn die Menschen alle gleich gemacht werden würden. Das hieße jedoch, daß wir das Mensch sein aufgeben und uns einem totalitärem System unterwerfen würden. Doch der Effekt hierbei wäre, genauso, wie es George ORWELL in „Farm der Tiere“ und „1984“ beschrieben hat. Einige wären dann gleicher als die Anderen. Daher ergibt sich immer, daß aus dem Ideal, nach welchem sich die Menschen sehnen und ihre Hoffnung aufbauen, das Gegenteil wird. Denn im Glauben auf eine goldene Zukunft nehmen die Menschen alle Mühen und Entbehrungen auf sich, dulden jedes Verbrechen, ohne jedoch die Gewissheit zu erhalten, daß am Ende des Weges auch das Ideal erreicht werden würde, wie es verkündet wurde.

Deshalb konnte der Kommunismus nur scheitern, der Nationalsozialismus genauso, wie jedes andere System, welches auf einer Ideologie errichtet wurde. Ja selbst die französische Revolution ist letztendlich an sich selbst gescheitert, weil sich hier nur die Begriffe nach außen verändert haben, der Geist, den die Revolutionäre vernichten wollten jedoch geblieben ist. Wie sonst ist es zu erklären, daß der französische Staatspräsident in seiner Machtfülle kaum von den absolut herrschenden französischen Königen unterscheidet? Das einzig Wesentliche, was die französische Revolution hervorgebracht hat, ist die Formulierung der Menschenrechte. Und das ist wieder nur die philosophische Grundlage für das praktizierte Leben und keineswegs der Zwang zu einem System.

Wie bei Allem, seit es Menschen gibt, werden immer die gleichen Fehler gemacht. Sie unterscheiden sich nur dadurch, daß das Begehen der Fehler sich den technischen Möglichkeiten der Zeit anpassen. Aber die Fehler sind immer die Gleichen. Zu jeder Zeit, in der sich eine Ideologie gebildet hat, haben diejenigen, die von ihrer Ideologie derart überzeugt waren, daß sie diese Anschauungen für wichtiger genommen haben, als die Wünsche und Vorstellungen der Menschen, die es betraf und betrifft, den Fehler des Zwanges, der Gewalt angewandt und wenden sie bis heute noch an.

Ohne jede Rücksicht auf die Menschen und deren Unterschiede, handeln heute noch sogenannte Politiker danach, daß sie glauben ihr System, welches sie vertreten, müßen Alle annehmen. Besonders die Demokratie nach unserem Verständnis allen Menschen aufzuwingen, ist weder selbst demokratisch, noch löst es Probleme, die unabhängig von Demokratie zur Zerstörung der Menschheit führen wird, wenn es nicht zu Lösungen der Probleme kommt. Und Demokratie löst keine Probleme.

Juden und Christen werden im Alten und Neuen Testament schon vor den falschen Propheten gewarnt. Verheißungen auf ein Paradies macht die Menschen blind vor der Wirklichkeit. Und blinde Menschen sind Marionetten für die falschen Propheten, die mit dem Menschen machen können, was sie wollen, weil schließlich ein Paradies auf sie wartet. Wieviele Versuche scheiterten schon daran, Arbeiter- und Bauernparadiese zu schaffen? Es wird nie möglich sein, ein System, welches nicht dem menschlichen Wesen entspricht, so zu etablieren, daß es durch sich selbst funktioniert.

So ist es nachvollziehbar, wenn Menschen in ein von Menschen geschaffenes „Paradies“ wollen und dieses durch entsprechende Grenzen vor dem Eindringen gesichert und geschützt wird. Wenn dagegen Menschen aus diesem „Paradies“ heraus wollen und diese Menschen daran gehindert und bestraft werden, dann kann es niemals ein „Paradies“ sein. Schon deswegen widerspricht dieses System dem menschlichen Wesen. Und umgekehrt, Länder, die als „Paradies“ gesehen werden, wie besonders die USA, verschließen sich anderen Völkern und Menschen, obwohl das Zustandekommen und die Gründung der USA darauf beruhten, daß die Menschen sich in Freiheit entwickeln können sollten und so leben, wie sie es für angebracht halten.

Wohin das bis heute geführt hat können die Sehenden erkennen und die Blinden glauben immer noch daran, daß die Erde eine Scheibe ist. So unterscheiden sich bereits im Verständnis die USA von Europa, wenn es um den Begriff der Demokratie geht. Dies mag nicht alleine im Denken der Menschen begründet sein, daß die gravierenden Unterschiede in der Auffassung zwischen Europa und den USA derart groß ist, sondern und vor allem darin zu suchen und zu finden ist, daß die USA sich auf die Fortschrittsgläubigkeit und der technischen Entwicklung im Wesentlichen aufbaut und Europa sich dem Geist und der Philosophie als Grundlage der Entwicklung verschrieben hat.

Das technische Denken, diese Form des Fortschrittes ist unabhängig von der menschlichen Reifung. Dagegen reift Europa zwar mit dem Geist und der Philosophie, bleibt aber in der technischen Entwicklung hinter den USA zurück. Wer nun fragt, was dies mit der Demokratie zu tun hat, denkt entweder nicht oder will nicht sehen, welche katastrophalen Folgen die Geisteshaltung der USA für die gesamte Welt hat. Denn die USA haben sicher in der besten Absicht die Demokratie seit ihrer Gründung auf- und ausgebaut, sind jedoch auf einem Niveau stehen geblieben, welches selbst das rückständigste Land in Europa nicht mehr hat.

Sogar die Donaumonarchie war entwicklungsfreudiger als die USA es bis heute ist. Dies sieht man schon an dem Wahlmodus, trotzdem der technische Fortschritt Möglichkeiten eröffnet, die Wahlfälschungen, wie zwischen einem gewissen Bush und einem Al Gore, ausgeschlossen hätten, wenn hier nicht eine künstliche Kultur und Geschichte als Versuch einer Identität erzeugt werden würde. Die USA existieren geistig zwischen der Steinzeit der Demokratie und der Zukunft der globalen Zerstörung. Wählen, wie in der Steinzeit, aber das Potential zur

Zerstörung der Welt, wie aus der Zukunft. Welche Chancen hat hier eine Demokratie überhaupt noch zu existieren?

Aber die Demokratie ist sicher in den Grundzügen funktionsfähig, jedoch in keinem Fall auf andere Länder übertragbar. Jedes Land, jedes Volk bekommt die Regierungsform, die es verdient oder haben will. Es hängt dabei ausschließlich vom Grad der Reife, wie auch der Kultur ab. Diese Tatsache zu ignorieren, ist eine perfide Form des Kolonialismus ohne direkte Einmischung von außen. Ebenso ist es eine Tatsache, daß nur wenige Länder und Völker reif für die Demokratie sind, wie auch die Demokratie nur in verschiedenen Ausformungen anwendbar ist. Es kann niemals nur eine Art und Form der Demokratie geben und wer glaubt, daß die Demokratie ein Dogma, ein Glaubensgrundsatz ist, der muß eine Menschenverachtung in sich tragen, die genauso wenig demokratisch ist.

Welche Schäden die Demokratisierung angerichtet hat, sehen wir am deutlichsten in Afrika. Hier wurden zuerst die gewachsenen Kulturen zerstört und dann die Vorstellungen der Europäer den Afrikanern aufgezwungen. Als dann die Kolonialzeit zu Ende ging, versuchten die Nachfolgestaaten in den ehemaligen Kolonien Demokratie zu machen, mit dem Erfolg, daß hier mehr Diktaturen und korrupte Gesellschaften entstanden sind, als wir in Europa zu Zeiten der Hochblüte des Feudalismus je hatten. Heute jammern und beklagen wir die Situation in Afrika und erwarten trotzdem, daß sich die Völker und Systeme ändern.

Genauso verhält es sich in Asien. Nicht, weil dort etwa die Korruption gleich oder größer wäre, als in Afrika, nein, der kulturelle Grund macht dort die Demokratie zu einem fragilen System. Denn durch die Kultur in Asien sind nun einmal andere Voraussetzungen gegeben, als bei uns oder sonst wo auf der Welt. Genausowenig kann die Leistungsbereitschaft der Asiaten auf Europa übertragen werden, weil einfach die Einstellung der Asiaten eine völlig andere ist, als unsere. Die Asiaten arbeiten für weniger Geld mehr, als wir. Das heißt daher, das es den Asiaten selbst zwar genauso wichtig ist viel Geld zu verdienen, jedoch sind sie weit mehr bereit auch mehr zu tun. Bei uns steht immer die sogenannten Rechte im Wege, die dazu führen, daß die Wirtschaftlichkeit unserer Arbeit abnimmt und die sogenannten Billiglohnländer an Bedeutung zunehmen.

Dadurch ergibt sich die Situation, daß unsere Ansichten von Demokratie zum Objekt der Erpressung wird, weil die Wirtschaft nicht davon abhängt, wer mitbestimmen will, sondern, wie

sie den größten Gewinn erzielen kann. Gewerkschaften und Betriebsräte hatten einmal ihre Berechtigung, ohne jeden Zweifel, doch sie sind auf einem Stand stehen geblieben, der unter Steinzeit fällt. Weder Gewerkschaften, noch Betriebsräte haben in und für sich eine demokratische Entwicklung mitgemacht. Sie berufen sich auf Rechte ohne Pflichten zu erfüllen. Sie haben sich selbst zu einem egoistischen Zustand gemacht. Das heißt jedoch nicht, daß dies auf alle Betriebsräte zutrifft, wie auch auf alle Gewerkschafter. Bekanntlich bestätigen Ausnahmen immer die Regel.

Aber Gewerkschaften und Betriebsräte sind nur Produkte einer pathologischen Demokratisierungswut. Alles muß demokratisch werden. Ohne dabei zu wissen, was Demokratie praktisch und theoretisch genau ist. Demokratie kann mit Mitbestimmung genauso wenig übersetzt werden, wie die Demokratie als allgemeingültiges Verhalten in allen Bereichen des Lebens. Wer Demokratie um jeden Preis haben will, der muß auch die Mehrheitsentscheidungen akzeptieren, die seinem moralischen Empfinden widersprechen. Denn die Demokratie hat weder eine Seele, noch einen eigenen Geist. Demokratie wird erst zur Demokratie, wenn der Rahmen der Demokratie von denen genutzt wird, für die die Demokratie angewandt wird.

Demokratie heißt Volksherrschaft, von Demos das Volk und Kratos die Herrschaft. Also die Mitbestimmung Aller in jenen Angelegenheiten, die Alle betreffen. Alles Andere ist gesehen keine Demokratie, sondern nur die Mitbestimmung in den einzelnen Lebensbereichen. Denn unter Volk ist immer die Gesamtheit zu betrachten und niemals ein Teil davon. Wie soll jemand, als Beispiel ein Bauer, über die Angelegenheiten in einer Fabrik mitbestimmen, wenn der Bauer keine Ahnung von dem hat, was in der Fabrik geschieht?

Demokratie zum Synonym zu machen für Mitbestimmung ist von einer gefährliche Dummheit und deswegen wird sich Demokratie definieren müssen, auch wenn diese Definition sogenannten Demokraten zuwider läuft. Eine funktionierende Demokratie kann nur dann auch eine funktionierende Demokratie sein, wenn diese in Teile gegliedert wird, die sich aus dem Ganzen ergeben. Denn es sind immer natürliche Grenzen vorhanden, wo die Demokratie ihre Existenz verloren hat. Es ist mit einem Kapitän auf See oder in einem Flugzeug zu vergleichen. Der Reeder kann dem Kapitän befehlen, wohin dieser zu fahren oder fliegen hat. Und das war es schon. Denn, wie der Kapitän dort ankommt, dies muß der Kapitän wissen und durch seine Entscheidungen umsetzen. Denn die Ladung oder die Passagiere sind in der Ver-

antwortung des Kapitäns und niemals in der Verantwortung des Reeders. Der Reeder verdient daran, aber er führt nicht seine eigenen Vorgaben aus.

Vorallem kann die Demokratie, wenn sie richtig funktionieren soll, nur Grundsatzfragen allen Bürgern oder Wahlberechtigten vorlegen, also Ziele, die dann von gewählten Abgeordneten in eine Form gebracht werden müssen, die umsetzbar ist. Im Ansatz könnte man jedes Wahlprogramm als solche Ziele betrachten, wenn da nicht so viele Fata Morganas wären. So ist es das Eine, Vorstellungen von verschiedenen Interessensrichtungen als Entscheidungsvorlage zu haben, das Andere ist, daß diese Vorhaben immer der Wähler und Steuerzahler sich selbst bezahlt. Doch die wesentlichen Fragen kommen nie zur Abstimmung durch den Wähler, weil sich hier die Abgeordneten anscheinend einig sind, daß dies keine Bedeutung hat oder dem Wähler nicht zuzumuten sei.

Die Demokratie ist ein Gedankenmodell, welches sich in vielen Formen auch praktisch umsetzen läßt. Denn Demokratie ist nicht gleich Demokratie. So ist die Demokratie im alten Griechenland eine völlig andere Form, eine völlig andere Ausprägung, als dies heute der Fall ist. Dennoch gibt es als echte Demokratie nur wenige Formen, die dem Begriff gerecht werden. Die scheinbaren Demokratien dagegen sind heute in der Mehrzahl zu finden.

So hat im alten Griechenland, hier sei nur Athen erwähnt, eine bestimmte Schichte, die Polites, das Sagen, das heißt, eine Anzahl an Männern diskutierten und beschloßen über das Geschehen von Athen. Und da es damals kein Gesamtgriechenland gab, wie wir es heute kennen, sondern nur Stadtstaaten, ergaben Bündnisse nach bestimmten Zwecken, dennoch verbunden durch eine gemeinsame Sprache, die Koine, ein relativ geschloßenes Gebiet. Griechenland.

Die Entwicklung der Demokratie wurde von Rom übernommen. Denn auch hier gab es mit Griechenland vergleichbar eine Form der Demokratie, jedoch bei Weitem nicht so, wie wir sie heute kennen. Vorallem war in Rom das demokratischste der Senat, der ebenfalls einer bestimmten Schichte vorbehalten war. In Rom war es wichtiger ein freier Bürger zu sein. So gab es zwar ein Proletariat, welches in schlechteren Verhältnissen lebte, als die meisten Sklaven, aber dafür waren sie freie Bürger. Sogar der gelehrte Jude Saulus, später Paulus, war freier Bürger Roms, weil durch seinen Vater und dessen Leistungen der Familie das Bürgerrecht zuerkannt wurde.

Der Weg der Demokratie von damals bis heute mag uns als ein sehr langer Weg erscheinen, doch im Bezug auf das Alter unserer Erde, aber Alles ist relativ. Daher können ganz besonders zwei Länder als Ursprung der Demokratie heutiger Prägung angesehen werden, zum Einen die Eidgenossenschaft Schweiz, bekannt durch den Rütlichschwur, wie auch immer dieser in der Wirklichkeit war, zum Anderen das heutige Großbritannien, welches sich zur Demokratie aus Ereignissen entwickelte. Sicher, nach unseren gegenwärtigen Kriterien würden wir dazu nie Demokratie sagen und dennoch sind dies die ältesten Wurzeln für unsere heutigen Demokratien.

Selbst die Isländer waren in Sachen Demokratie uns Europäern auf dem Kontinent weit voraus mit dem Thingveitlir, die Versammlung der Einwohner zur Diskussion und Beschlußfassung ihrer Angelegenheiten. Nur können wir niemals die Verhältnisse von damals, sowie alle Völker und Länder miteinander vergleichen. Die kulturellen und historischen Entwicklungen und Gegebenheiten sind einfach nicht vergleichbar. Nur das Grundsätzliche, das Prinzip können wir auf den Prüfstand stellen.

Aber dennoch kommen wir bis zur Aufklärung nicht an die Vorstellungen von Demokratie heran, auch nicht an die Anforderungen, die wir heute an die Demokratie stellen. Doch die Aufklärung eröffnete und ebnete den Weg zu uns in die Gegenwart. Gerade in dieser Zeit wurden zunächst einmal die Grundzüge der Demokratie festgeschrieben, die Allgemeingültigkeit haben. Sehen wir auf die Schweiz, dann müssen wir uns fragen, warum sich die Schweiz so entwickelt hat, wie sie es hat. Hier können wir sehen, daß schon sehr früh die Eidgenossen sich ihrer selbst bewußt waren und daher keine Herrschaft duldeten. Dies gilt bis heute noch, solange die Schweiz so bleibt, wie sie ist. Somit kommt die Schweiz der Aufklärung am nächsten.

Im Gegensatz dazu war die Entwicklung der Demokratie im heutigen Großbritannien eine völlig Andere. Zunächst einmal war der Weg zur Demokratie dadurch gekennzeichnet, daß aus sechs Königreichen auf der Insel ein Königreich geschaffen wurde durch Vereinigung dieser sechs Königreiche. Da dies aber nur mit den herrschenden Fürsten und Würdenträger der einzelnen Königreiche möglich war, entstand so eine Schichte, wir kennen sie heute noch als Lords, die im Gegensatz zur Krone standen und die „Interessen“ der Bevölkerung vertraten. Sicher, es ging dabei vorwiegend um die Interessen der Grafschaften und Herrschaftsreiche.

Doch hier entstand ein Dualismus, auf der einen Seite die Krone, auf der anderen Seite die Lords. Wenn hier nur die ersichtlichen Grundlagen erwähnt werden, die die Demokratie von damals zeigen, dann ist es deswegen, weil hier nur auf die Entwicklung und deren Ursprünge hingewiesen werden soll.

Sowohl die Schweizer Demokratie, wie die in England, haben zwar den gleichen Grundgedanken, aber völlig unterschiedliche, ja gegensätzliche Ansatz- und Ausgangspunkte. Bei der Schweizer Demokratie erfolgte die Entwicklung von unten her, also aus dem Volk, in England dagegen von oben her. Aber bei beiden Formen der Demokratie geht es immer um den Kern der Sache, die Mitentscheidung Aller, bei den wesentlichen und wichtigen Fragen.

Es zeigt sich hier an nur zwei der bekanntesten Beispielen, daß die Demokratie nicht eine Form oder Gesicht hat, sondern sehr Viele zeigen kann. Denn eine völlig andere Form der Demokratie könnte auch der Ständestaat sein, wenn dieser richtig umgesetzt würde. Dabei wäre die allgemeine Vertretung aller Berufe und Gesellschaften zur allgemeinen Entscheidungsfindung die wohl wirklich demokratischste Art und Weise. Hierbei wäre niemand ausgeschlossen, weil nicht die Interessensvertretungen in einzelne Körperschaften geteilt wäre, sondern in einem Guß vereinigt.

Als Gegenstück zur Ständedemokratie ist der Nationalrat anzusehen. Wie die Bezeichnung bereits sagt, wären hier die Nationen vertreten, also die einzelnen Bevölkerungsgruppen. Da diese als Vertreter ihrer Nationen andere Interessen hätten, wäre es durchaus denk- und vorstellbar, sowohl die Ständedemokratie, wie auch die Nationendemokratie in ein System zu bringen. Vom Standpunkt des Denk- und Vorstellbaren, wäre dies zumindest in der Theorie die wohl echtteste aller Demokratien.

In den Grundzügen sind die meisten Demokratien auch so aufgebaut, zumindest bei uns in Europa. Auf der einen Seite sind die Abgeordneten im Parlament, auf der anderen Seite sind die Entsandten der Länder. Hier ergibt in sich ein bemerkenswerter Widerspruch. Sowohl die gewählten Abgeordneten, wie auch die Ländervertreter kommen aus ihren Ländern und sollen sowohl die Interessen von Allgemeingültigkeit, wie auch der einzelnen Länder diskutieren und beschließen. Das Einzige dabei ist, daß hier die Ideologien der Abgeordneten und Vertreter zu einer gemeinsamen Ebene führt und nicht die Interessen, für die die Einrichtungen vorhanden sind.

So ergibt sich die Situation, daß der Abgeordnete für ein Gesetz ist, während der Vertreter aus dem gleichen Land gegen dieses Gesetz sein kann. Wie kann dann ein Gesetz inhaltlich Sinn machen, wenn der Abgeordnete dafür ist und durch den Landesvertreter dieses Gesetz abgelehnt wird? Hier zeigt sich auch, daß die Demokratie derzeit mehr auf den Vorstellungen von Demokratie beruht, als auf einem echten demokratischen Geist. Aber nicht nur der fehlende demokratische Geist läßt die Demokratie scheitern, vielmehr das, was durch und unter der Demokratie verstanden wird.

Heute ist die Demokratie zum Schlachtfeld der Verantwortungslosigkeit geworden. Denn der Bürger braucht selbst keine Entscheidung mehr zu treffen, außer bei den Wahlen, da der Bürger schließlich Steuern und Abgaben zahlt, damit Andere für ihn entscheiden. Und das macht deutlich, wie die Schweiz ihre Art und Weise von Demokratie versteht. Hier hat der Bürger, der Souverän noch immer das letzte Wort.

Die größte Dummheit jedoch ist, zu glauben, daß es nur eine Art und Form der Demokratie gäbe. Während sich die alten Demokratien in Europa entwickelt haben, sind die neuen und jungen Demokratien dadurch entstanden, daß sie totalitären Systemen gegenüber als Schutzschild dienen sollen, damit sich nicht das wiederholt, was versucht wurde abzuschütteln. So edel dies auch sein mag, als Gründe dafür wurden immer Äpfel mit Birnen verglichen und Alles vereinfacht, damit nicht weiter darüber nachgedacht wird, was zum Einen die Demokratie, zum Anderen die Gesellschaften betrifft.

Hier unterliegen Alle der wohl dümmsten Ansicht, der Gleichheit und denken dabei nicht an die Gleichwertigkeit. Das heißt, für Alle gilt das Gesetz gleich. Gleichgültig, welchen Standes und Gesellschaftsschicht wer zugehört, das Gesetz ist für Alle gültig. Nur die Gleichmacherei ist für die einfachen Gemüter und Geister im Volk leichter zu verkaufen. Denn es ist schon fast eine paradiesische Vorstellung für die Zugehörigen der untersten Schichte, zu glauben, daß sie gleich sind mit jemandem aus der obersten Schichte. Und wie dies sich nach der Zerstörung alter Gesellschaftsstrukturen ausgewirkt hat, sieht man heute. Es haben sich nur die Charakteren dessen bedient, was sie zerstört haben, also selbst sich zu einer Oberschicht gemacht ohne dabei die Charakteren anzunehmen, die eine Oberschicht ausmachen. Obwohl dies mit der Demokratie überhaupt Nichts zu tun hat, es wurde als demokratisch an die Massen verkauft.

Hier wurde mittels der Demokratie eine gesellschaftliche Umwälzung versucht, bzw. teilweise erreicht, die mit der Demokratie als Regierungsform keine Gemeinsamkeiten hat. Gerade hier zeigt sich die bedenkliche und gefährliche Vereinfachung von Begriffen. Demokratie ist nicht Mehr als eine Regierungsform, deren es etliche gibt, die zwar jede für sich existieren kann, jedoch in der reinen Form sich selbst auf Dauer beschädigt bis zerstört. Denn Staatsformen gibt es nur zwei relevante Varianten; die Monarchie und die Republik.

Beide Staatsformen stehen sich diametral gegenüber und können jedoch für sich jede Regierungsform in sich tragen. Während eine Staatsform die Verpackung und keineswegs vom Inhalt abhängig ist, wie auch die Regierungsformen nicht von der Verpackung abhängig sind, werden zwar immer Staatsform und Regierungsform aufeinander abgestimmt. So kann die Staatsform mit einem Behälter verglichen werden, für das bei der Monarchie Alle wissen, wer den Schlüssel für dieses Behälter hat, im Gegensatz dazu bei der Republik niemand weiß, wer diesen Schlüssel in Händen hält.

Wie der Inhalt jedoch in dem Behälter aussieht, ist keine Frage des Behälters, sondern einzig und alleine des Inhaltes. Der beste Behälter kann auf Dauer nicht einem aggressiven Inhalt standhalten. Irgendwann wird auch der Behälter dem Inhalt entsprechend angepaßt. So, wie Säure in säureresistenten Behältern gelagert wird, damit Nichts nach außen dringen kann, so verhält es sich auch mit der Regierungsform in der Staatsform. Jeder Inhalt hat seine Verpackung. Aber umgekehrt bekommt nicht jede Verpackung auch den angemessenen Inhalt zugewiesen.

Und besonders gilt für die Demokratie, daß sie nicht alleine für sich existieren kann. Solange die Demokratie für sich und in sich offen für Alle ist, bewegt sie sich in einem abgegrenzten Raum. Nur dann, wenn die Demokratie auch nach außen für Alle und Alles offen sein soll, dann kann sie nicht dicht sein. Und irgendwann einmal wird dann die Demokratie von innen her abgedichtet werden, so, daß weder von außen nach innen und umgekehrt von innen nach außen Etwas dringen kann.

Eine Demokratie ist immer nur in einem abgegrenzten Raum funktions- und existenzfähig. Das heißt, die Demokratie kann sich nicht selbst kontrollieren, weil sie keine Bezugs- und Orientierungspunkte besitzt, an denen sie sich ausrichten könnte. So würde die Demokratie sich selbst zum Kern der allgemeinen Zerstörung machen, weil sich die Demokratie aus-

schließlich nur auf die Mehrheitsbeschlüsse berufen kann, nicht aber auf die beschlossenen Inhalte. Und da die Demokratie kein Filter für die Anträge und Beschlüsse sein kann, sondern nur für das Zustandekommen verantwortlich ist, müßten daher die Menschen selbst reif für die Demokratie sein. Das wiederum bedingt einen Mindeststandard an Reife, der nicht definierbar ist.

Demokratie kann nur für das Allgemeingültige zuständig sein, nicht für Alles der Menschen. So bleibt zuwenig demokratisch Beschlußfähiges übrig, als daß sich eine Demokratie in der reinen Form selbst erhalten würde können. Und für das Allgemeingültige selbst sind Mischformen für die Demokratie eine existenzielle Frage, vorallem in der heutigen Zeit. Das heißt keinesfalls, daß hier der sogenannten Parteiendemokratie das Wort geredet wird oder werden soll, sondern von echten Mischformen, die eine Demokratie den Anforderungen von außen und innen gerecht werden könnte.

Die Demokratie ist ein Gedankenmodell, welches sich in vielen Formen auch praktisch umsetzen läßt. Denn Demokratie ist nicht gleich Demokratie. So ist die Demokratie im alten Griechenland eine völlig andere Form, eine völlig andere Ausprägung, als dies heute der Fall ist. Dennoch gibt es als echte Demokratie nur wenige Formen, die dem Begriff gerecht werden. Die scheinbaren Demokratien dagegen sind heute in der Mehrzahl zu finden.

So hat im alten Griechenland, hier sei nur Athen erwähnt, eine bestimmte Schichte, die Polites, das Sagen, das heißt, eine Anzahl an Männern diskutierten und beschloßen über das Geschehen von Athen. Und da es damals kein Gesamtgriechenland gab, wie wir es heute kennen, sondern nur Stadtstaaten, ergaben Bündnisse nach bestimmten Zwecken, dennoch verbunden durch eine gemeinsame Sprache, die Koine, ein relativ geschlossenes Gebiet. Griechenland.

Die Entwicklung der Demokratie wurde von Rom übernommen. Denn auch hier gab es mit Griechenland vergleichbar eine Form der Demokratie, jedoch bei Weitem nicht so, wie wir sie heute kennen. Vorallem war in Rom das demokratischste der Senat, der ebenfalls einer bestimmten Schichte vorbehalten war. In Rom war es wichtiger ein freier Bürger zu sein. So gab es zwar ein Proletariat, welches in schlechteren Verhältnissen lebte, als die meisten Sklaven, aber dafür waren sie freie Bürger. Sogar der gelehrte Jude Saulus, später Paulus, war freier Bürger Roms, weil durch seinen Vater und dessen Leistungen der Familie das Bürgerrecht zuerkannt wurde.

Der Weg der Demokratie von damals bis heute mag uns als ein sehr langer Weg erscheinen, doch im Bezug auf das Alter unserer Erde, aber Alles ist relativ. Daher können ganz besonders zwei Länder als Ursprung der Demokratie heutiger Prägung angesehen werden, zum Einen die Eidgenossenschaft Schweiz, bekannt durch den Rütlichschwur, wie auch immer dieser in der Wirklichkeit war, zum Anderen das heutige Großbritannien, welches sich zur Demokratie aus Ereignissen entwickelte. Sicher, nach unseren gegenwärtigen Kriterien würden wir dazu nie Demokratie sagen und dennoch sind dies die ältesten Wurzeln für unsere heutigen Demokratien.

Selbst die Isländer waren in Sachen Demokratie uns Europäern auf dem Kontinent weit voraus mit dem Thingveitlir, die Versammlung der Einwohner zur Diskussion und Beschlußfassung ihrer Angelegenheiten. Nur können wir niemals die Verhältnisse von damals, sowie alle Völker und Länder miteinander vergleichen. Die kulturellen und historischen Entwicklungen und Gegebenheiten sind einfach nicht vergleichbar. Nur das Grundsätzliche, das Prinzip können wir auf den Prüfstand stellen.

Aber dennoch kommen wir bis zur Aufklärung nicht an die Vorstellungen von Demokratie heran, auch nicht an die Anforderungen, die wir heute an die Demokratie stellen. Doch die Aufklärung eröffnete und ebnete den Weg zu uns in die Gegenwart. Gerade in dieser Zeit wurden zunächst einmal die Grundzüge der Demokratie festgeschrieben, die Allgemeingültigkeit haben. Sehen wir auf die Schweiz, dann müssen wir uns fragen, warum sich die Schweiz so entwickelt hat, wie sie es hat. Hier können wir sehen, daß schon sehr früh die Eidgenossen sich ihrer selbst bewußt waren und daher keine Herrschaft duldeten. Dies gilt bis heute noch, solange die Schweiz so bleibt, wie sie ist. Somit kommt die Schweiz der Aufklärung am nächsten.

Im Gegensatz dazu war die Entwicklung der Demokratie im heutigen Großbritannien eine völlig Andere. Zunächst einmal war der Weg zur Demokratie dadurch gekennzeichnet, daß aus sechs Königreichen auf der Insel ein Königreich geschaffen wurde durch Vereinigung dieser sechs Königreiche. Da dies aber nur mit den herrschenden Fürsten und Würdenträger der einzelnen Königreiche möglich war, entstand so eine Schichte, wir kennen sie heute noch als Lords, die im Gegensatz zur Krone standen und die „Interessen“ der Bevölkerung vertraten. Sicher, es ging dabei vorwiegend um die Interessen der Grafschaften und Herrschaftsreiche.

Doch hier entstand ein Dualismus, auf der einen Seite die Krone, auf der anderen Seite die Lords. Wenn hier nur die ersichtlichen Grundlagen erwähnt werden, die die Demokratie von damals zeigen, dann ist es deswegen, weil hier nur auf die Entwicklung und deren Ursprünge hingewiesen werden soll.

Sowohl die Schweizer Demokratie, wie die in England, haben zwar den gleichen Grundgedanken, aber völlig unterschiedliche, ja gegensätzliche Ansatz- und Ausgangspunkte. Bei der Schweizer Demokratie erfolgte die Entwicklung von unten her, also aus dem Volk, in England dagegen von oben her. Aber bei beiden Formen der Demokratie geht es immer um den Kern der Sache, die Mitentscheidung Aller, bei den wesentlichen und wichtigen Fragen.

Es zeigt sich hier an nur zwei der bekanntesten Beispielen, daß die Demokratie nicht eine Form oder Gesicht hat, sondern sehr Viele zeigen kann. Denn eine völlig andere Form der Demokratie könnte auch der Ständestaat sein, wenn dieser richtig umgesetzt würde. Dabei wäre die allgemeine Vertretung aller Berufe und Gesellschaften zur allgemeinen Entscheidungsfindung die wohl wirklich demokratischste Art und Weise. Hierbei wäre niemand ausgeschlossen, weil nicht die Interessensvertretungen in einzelne Körperschaften geteilt wäre, sondern in einem Guß vereinigt.

Als Gegenstück zur Ständedemokratie ist der Nationalrat anzusehen. Wie die Bezeichnung bereits sagt, wären hier die Nationen vertreten, also die einzelnen Bevölkerungsgruppen. Da diese als Vertreter ihrer Nationen andere Interessen hätten, wäre es durchaus denk- und vorstellbar, sowohl die Ständedemokratie, wie auch die Nationendemokratie in ein System zu bringen. Vom Standpunkt des Denk- und Vorstellbaren, wäre dies zumindest in der Theorie die wohl echtteste aller Demokratien.

In den Grundzügen sind die meisten Demokratien auch so aufgebaut, zumindest bei uns in Europa. Auf der einen Seite sind die Abgeordneten im Parlament, auf der anderen Seite sind die Entsandten der Länder. Hier ergibt in sich ein bemerkenswerter Widerspruch. Sowohl die gewählten Abgeordneten, wie auch die Ländervertreter kommen aus ihren Ländern und sollen sowohl die Interessen von Allgemeingültigkeit, wie auch der einzelnen Länder diskutieren und beschließen. Das Einzige dabei ist, daß hier die Ideologien der Abgeordneten und Vertreter zu einer gemeinsamen Ebene führt und nicht die Interessen, für die die Einrichtungen vorgehanden sind.

So ergibt sich die Situation, daß der Abgeordnete für ein Gesetz ist, während der Vertreter aus dem gleichen Land gegen dieses Gesetz sein kann. Wie kann dann ein Gesetz inhaltlich Sinn machen, wenn der Abgeordnete dafür ist und durch den Landesvertreter dieses Gesetz abgelehnt wird? Hier zeigt sich auch, daß die Demokratie derzeit mehr auf den Vorstellungen von Demokratie beruht, als auf einem echten demokratischen Geist. Aber nicht nur der fehlende demokratische Geist läßt die Demokratie scheitern, vielmehr das, was durch und unter der Demokratie verstanden wird.

Heute ist die Demokratie zum Schlachtfeld der Verantwortungslosigkeit geworden. Denn der Bürger braucht selbst keine Entscheidung mehr zu treffen, außer bei den Wahlen, da der Bürger schließlich Steuern und Abgaben zahlt, damit Andere für ihn entscheiden. Und das macht deutlich, wie die Schweiz ihre Art und Weise von Demokratie versteht. Hier hat der Bürger, der Souverän noch immer das letzte Wort.

Praktizierbare Formen von Demokratie

Demokratie alleine als Denkform ist das Eine, die praktische Nutzung von Demokratie ist das Andere. So sinnvoll Demokratie auch als Denkmodell ist und erscheint, so schwierig ist die Praxis. Denn die Praxis hängt von weit mehr Faktoren ab, als der Gedanke selbst. Vorallem schon deswegen, weil die Demokratie in ihrer reinsten Form voraussetzt, daß Alle daran teilnehmen und in gleicher Weise mit den gleichen Rechten und Pflichten die Demokratie am Leben erhalten.

Dies wird jedoch immer nur ein Wunschtraum bleiben, weil es nicht nur allgemein machbar ist, sondern es von Allen das gleiche Grundniveau an Reife und Interesse verlangt, was in der Wirklichkeit nicht gegeben ist. ein anderes Faktum ist, daß mit zunehmender Größe des Gebietes und der Masse an Menschen die Demokratie an Machbarkeit verliert. Denn je größer das geographische Gebiet ist, desto schwieriger wird die Durchführung von Demokratie, wie sie sein sollte, sowie mit der Größe an Masse von Menschen, die an der Demokratie teilnehmen sollen, die sinnvolle Umsetzung der Willensbildung abnimmt. Denn in der Demokratie hat jede Person das gleiche Recht und die gleiche Pflicht die Demokratie zu nutzen. Nur nimmt die Wahrnehmung der Interessen des Einzelnen mit der Größe der Masse ab.

Je kleiner die Einheiten sind, in der Demokratie praktiziert wird, desto intensiver und sinnvoller ist Demokratie praktizierbar, weil damit die Überschaubarkeit gewährleistet ist. Und die Demokratie kann nur immer der direkte Kontakt der Menschen zu allgemeingültigen Zielen und nicht Interessen von Teilen (Parteien) sein. Eine solche Aufsplitterung der Demokratie in Teile von Interessen hat mit Demokratie nichts mehr zu tun, sondern ist nur noch eine Scheindemokratie, für die das Volk als Alibi für die Teile oder Parteien dient.

Jedoch kann und muß die Demokratie selbst aufgeteilt werden und zwar nach Ebenen, welche von den Zielen sich unterscheiden. Denn es ist ein Unterschied, ob auf der Gemeindeebene Projekte und Ziele für die Allgemeinheit verfolgt werden oder auf Landesebene oder gesamtstaatliche Interessen vorliegen. In der Antike war es leicht eine Demokratie zu entwickeln,

weil es damals nur Stadtstaaten gegeben hat, im Gegensatz zu heute, wo die Staaten in Länder und Gemeinden unterteilt sind.

Sicher, die Aufgaben sind relativ gut definiert, aber keinesfalls Dogmen, sondern immer nur vorläufige Richtlinien. Das heißt, solange nicht bessere Definitionen gegeben sind, bleiben die bisherigen bestehen. Aber das bedeutet auch, daß permanent an den Definitionen gearbeitet werden muß, damit immer das Bessere die Möglichkeit hat das Gute zu ersetzen. Es darf jedoch damit nicht die Definitionen zum Spielball für die Demokratie werden und die Demokratie zum Spielfeld für Interessen. Vielmehr kann und wird so aus der Demokratie auch der Wille des Volkes zur Realität, wenn die Funktionäre der Demokratie nur als Funktionäre für die Demokratie dienen.

Somit ergibt sich daraus für die Demokratie selbst der Grundgedanke, daß die Demokratie eine Verpackung dafür ist, daß innerhalb dieser Verpackung zwar Alles denkbar und möglich ist, jedoch die Demokratie nur und ausschließlich dafür zu sorgen hat, daß die Inhalte auch von Allen beschloßen werden kann. Denn derzeit verwenden Interessen die Demokratie für ihre Zwecke, wozu die Demokratie nicht zuständig ist. Da die Interessen selbst darüber bestimmen, über was das Volk abstimmen darf oder nicht, kann wohl von Demokratie nie die Rede sein. Und solange die Demokratie an die Interessen angepaßt wird, kann auch mit der Demokratie Etwas nicht stimmen. In einer echten und funktionierenden Demokratie werden die Interessen in die Verpackung Demokratie gebracht, vorgestellt und zur Abstimmung gebracht und nicht umgekehrt, daß die Interessen nur dann abstimmen lassen, wenn es ihnen zu unangenehm wird die Verantwortung zu übernehmen und zu tragen.

Sicher können die Landsgemeinden, wie sie in der Schweiz abgehalten werden nicht so bei uns übernommen werden, jedoch das Prinzip der Abstimmung von unten nach oben sehr wohl. Deshalb wäre es von Nöten, daß bei uns, wie in der Schweiz, viermal im Jahr ein Abstimmungstag eingeführt wird, an dem über die Vorlagen vom Stimmbürger entschieden wird. Von den Gemeindeangelegenheiten bis hin zu Bundesangelegenheiten. Hier wäre nur darauf zu achten, daß die Fragen, über welche abgestimmt werden soll, so abgefaßt werden, daß es nicht zu suggestiven Fragestellungen kommt, sondern klar und unmißverständlich der Stimmbürger sein Votum abgeben kann.

Aber dies wäre sowieso nur ein Teil der Demokratie, wie sie sein müßte, damit die Bezeichnung Demokratie zu recht bestünde. Mehr als nur die Abstimmungstage ist die derzeitige Form und Art der Demokratie strukturell umzubauen, damit nicht mehr die Parteien bestimmen, über was der Bürger abstimmen darf, sondern die Parteien nur noch das umzusetzen haben, was der Stimmbürger genehmigt. Denn die Demokratie ist nicht der Schutzmantel für die Interessen von Parteien, sondern die Art und Weise, welche Ziele die Funktionäre zu erfüllen und erreichen haben.

Daraus stellt sich die Frage, wie weit darf der Stimmbürger wirklich mitwirken an dem Geschehen? So ist festzustellen, daß immer erst dann, wenn es Bürgerinitiativen gibt, sich die Politik genötigt sieht sich mit den Interessen der Bürger auseinander zu setzen. Sicher, bei den meisten Vorhaben werden die Pläne in den Gemeinden aufgelegt und die Bürger haben die Möglichkeit sich zu informieren und gegebenenfalls ihre Einsprüche gelten zu machen. Vielleicht ist dies ein Schritt in die Richtung Demokratie. Doch es gäbe dazu noch andere Möglichkeiten. Nämlich die Anhörung vor den entsprechenden Ausschüssen. In diesen Ausschüssen treffen die Interessen aufeinander und es käme vor der Umsetzung dazu, daß die wirklichen Interessen bekannt werden und nicht immer erst, wenn Etwas geschehen ist, was nur sehr schwer oder gar nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

So ergibt sich hier auch die Chance für die Bürger, direkt die Politiker zu den einzelnen Themen zu befragen, warum sie Etwas so oder so machen wollen. Vorallem im Bezug auf die Steuern und Abgaben, die schließlich die Bürger zahlen sollen, damit Andere sie ausgeben können. Zudem könnten die Bürger so der Kostenwahrheit näher kommen, weil sie ihre Abgeordneten direkt zur Verantwortung ziehen könnten. Und die Politiker selbst müßten dann sehr gute Gründe anführen, warum sie Etwas anderst machen, als die Bürger es sich vorstellen.

Damit dies in einem ordentlichen Rahmen ablaufen kann, wäre nur eine Ordnung zu erstellen, wie die Anhörungen und Fragen vorgetragen werden könnten. Vorstellbar dazu wäre, wenn es Stellen gäbe, die nicht von Parteien und Politikern besetzt werden können und dürfen, eine Art Volksanwalt, der nur die Fragen und Anträge sammelt, die dann vorgetragen werden. Daneben jedoch können jeweils bis zu drei Befürworter und Gegner benannt werden, die ebenfalls das Rederecht haben. Es geht dabei nicht darum, daß allen Anderen dieses Recht verweigert werden soll, sondern, damit Etwas nicht ausufert.

Der Vorteil hier wäre, daß durch die Tatsache, nicht jedermann die Fähigkeit hat sich so auszudrücken, daß die Anliegen Wirkung zeigen, sich auch Viele sehr leicht von Anderen den Mut nehmen lassen oder vielleicht der Sache mehr schaden würden, deshalb sollte dies von redegewandten Personen als Wortführer übernommen werden. Die Auswahl dazu hat aber der Bürger selbst. Denn er kann und soll nur denen sein Anliegen übergeben, zu dem er oder sie Vertrauen hat.

Das Ziel der Demokratie

Solange die Demokratie als das einzig und allein seeligmachende System gepriesen wird, ist die Demokratie auch so zu handhaben, daß der Stimmbürger seinen Willen in der Wirklichkeit wiederfindet. Es wird sicher jedem klar sein, daß es keine reine Demokratie in der heutigen Zeit geben kann, weil die Gebiete, in denen die Demokratie gilt, zu groß sind. In der Bedeutung von Demokratie kann diese nur dann wirklich funktionieren, wenn die Überschaubarkeit gewährleistet ist. Also in kleinen Einheiten und Gebieten.

Dazu kommt noch, daß mit der zunehmenden Größe der Gebiete, in denen die Demokratie praktiziert werden soll, sowohl die Überschaubarkeit fehlt, wie auch die Kontrolle der handelnden Personen. Das heißt, hier muß die Demokratie in Mischformen aufgeteilt werden, die immer die untergeordneten Ebenen beinhaltet und die übergeordneten Ebenen kontrolliert, wie auch den Willen der Stimmbürger nach oben durchsetzt.

So empfiehlt es sich, wenn Zwischenebenen eingeführt werden würden, wie Regierungsbezirke oder Provinzen, die ein eigenes Parlament haben. Denn damit wäre es möglich die Demokratie zu einem föderalen System zu machen, statt immer stärker zu einem zentralistischen System zu werden. Von diesen Zwischenebenen werden die Anforderungen festgestellt, die dann die übergeordnete Ebene behandeln kann. Denn, je zentraler die Entscheidungsebene ist, desto anfälliger ist sie für Korruption. Auf der Zwischenebene ist die Überschaubarkeit wesentlich größer und besser. Besonders dann, wenn es um öffentliche Aufträge geht.

Überhaupt muß das Geld der Steuerzahler dort verwaltet werden, wo die Steuerzahler sind, nicht in einem undurchdringlichen bürokratischem System, welches zentral sich vom Bürger abschottet. Da die Umetzung von Projekten immer vor Ort erfolgen wird, so ist es nur logisch, daß auch die Entscheidungen vor Ort getroffen werden müssen und nicht an Schreibtischen irgendwo. Zudem könnten dann auch die Ausschüsse und Anhörungen sinnvoll werden.

Der größte Feind der Demokratie ist der Demokrat, der die Demokratie praktizierbar und lebendig haben will, also derjenige, der die Strukturen und Möglichkeiten der Demokratie wahrnehmen will. Denn genau das ist es, was diejenigen stört, die die Demokratie dazu ver-

wenden, sich durch die Demokratie den Anschein von Legalität zu verpaßen, damit das, was sie machen, immer auf den sogenannten Willen des Wählers abwälzen können.

Wie sonst wäre es zu erklären, daß sich die Parteien auf Entwicklungen einigen, die das Wesen des gesamten Staates nachhaltig verändern und die Grundrechte und Grundfreiheiten derart in Gefahr bringen, ohne das Volk selbst zu befragen? Es ist genau das Verhalten vieler Politiker, die die Freiheit zu schützen vorgeben, indem sie die Freiheit zuerst abschaffen, damit sie das Volk kontrollieren können, weil ja angeblich die Freiheit in Gefahr ist. Dabei ist die Freiheit nur der Grund für deren Abschaffung die Politiker sorgen, damit ihre Interessen gewahrt bleiben und das Volk selbst wieder in den Zustand der Feudalherrschaft versetzt wird.

Freiheit ist zwar das größte Gut, das ein Volk haben kann, jedoch setzt dies voraus, daß die Eigenverantwortung der Bevölkerung wahrgenommen wird. Nur ist dies deswegen unmöglich, weil sich die Politik dazu hergibt, erst die Gesellschaften zu zerstören, das Volk ausnimmt, wie Zuhälter ihre Prostituierten, um dann über bürokratische Maßnahmen und Hindernisse einen geringen Teil des abgenommenen Geldes wieder der Bevölkerung unter fadenscheinigen Gründen zurückzugeben.

Durch falsche Informationen werden die Menschen dazugebracht, Parteien zu wählen, die versprechen, daß die Menschen mehr Geld bekommen werden. sicher mag dies ein wohlwöbliches Ziel sein, doch die Parteien können davon ausgehen, daß sich die Mehrheit auf diese Art und Weise kaufen lässt. In anderen Fällen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Korruption. Denn, wer zahlt das, was die Politiker und deren Parteien versprechen? Die Bürger selbst. Warum also sollen die Stimmbürger Etwas wählen, wenn sie ohne Umwege über die Politik, das Finanzamt oder andere Einrichtungen dann mehr Geld behalten können, wenn ihnen nicht zuerst Alles genommen wird?

Stellen wir uns einmal vor, daß das Geld, was für die Wahlwerbung ausgegeben wird in einen allgemeinen Fond eingezahlt würde, von dem aus viele Projekte finanziert werden würden, die arbeits- und beschäftigungswilligen Menschen durch viele Möglichkeiten eine Arbeit oder eine Beschäftigung ermöglichen könnte. Dies gilt auch für das AMS, das Geld verschleudert, damit die Statistik geschönt wird, weil Umschulungen keine Arbeitslosigkeit bedeutet. In beiden Fällen stehen die Interessen gegen die Interessen der Wirtschaft.

Also fragt man sich, dumm, wie nun einmal der Stimmbürger ist, wem nützt das? Denn statt die Berge mit Seilbahnen und Liften zu zerstören, bei dem derzeitigen Klimazustand, bei dem niemand wissen kann, wie schneesicher die Berge noch sind, könnten auch genauso gut Garten- und Parkanlagen errichtet werden. Doch da schreit dann die Gewerkschaft wieder, es wäre Ausbeutung, wenn die Menschen mit Handarbeit so etwas errichten würden.

Warum wandern so viele Unternehmen ab in Länder, die weniger Einmischung von außen haben und zudem die Kosten billiger sind? Zugleich wollen wir selbst nur billiger einkaufen und dennoch mehr verdienen. Sicher ist dies eine legale Vorstellung, die jedoch nie zusammengeht. Denn, wer soll die Kosten für die Arbeitnehmer zahlen, wenn nicht der Kunde eines Produktes? Und welches Unternehmen wirtschaftet von vornherein auf Null in der Bilanz?

Trotzdem könnten sich viele Nonprofitunternehmen etablieren, die für Arbeit und Beschäftigung sorgen könnten, wenn hier nicht auf demokratische Weise der eigene Vorteil die Entscheidungen beeinflusst. Gewählt wird die Partei, die verspricht, daß der Einzelne mehr bekommt, ohne zu sagen, woher das kommen soll. Nur Eines wird demokratisch verhindert, daß die Stimmbürger selbst darüber abstimmen können.

Der Nichtwähler

Es ist das gute Recht, wenn der Bürger auf sein Recht verzichtet und nicht wählt. Nun, wir können über die Auswahlmöglichkeiten streiten, hier echte Verbesserungen einzuführen ist das Eine, das Andere ist, auch bei einer schlechten Wahlmöglichkeit dennoch auszuwählen.

Aber wer auf das Recht zu wählen verzichtet, der verzichtet auch auf das Recht Kritik über das Geschehen zu üben. Trotz des Nichtwählens wählt der Nichtwähler mit. Sicher nicht im Sinne des demokratischen Geistes, vielmehr im Geist der Duldung totalitärem Denkens derer, die glauben, die Demokratie gehöre ihnen und sie hätten Ansprüche auf das Land und den Staat.

Es ist nun einmal so, daß der Nichtwähler nur auf sein Recht zu wählen verzichtet. Bedenken wir jedoch, wieviele Menschen keine Wahl zu wählen haben, dann könnte das Nichtwählen auch als Sarkasmus, Zynismus oder wie wir es auch immer bezeichnen wollen, betrachtet werden. Zumindest gegenüber jenen Menschen, die nun einmal keine Wahl haben.

Sehen wir den Nichtwähler von der Seite der verletzten Eitelkeit, dann könnte hier durchaus ein nachvollziehbares Verständnis aufgebracht werden. Sehen wir jedoch den Nichtwähler von der Seite des Bequemen, dann könnte hier durchaus nichtdemokratische Gesinnung zu Grunde gelegt werden. Sehen wir jedoch den Nichtwähler von der Seite des Verzweifelten, dann sieht die Sache schon völlig anders aus, denn, wie soll sonst der Protest gegen das geführt werden, was nicht den Vorstellungen des Nichtwählers entspricht?

Die Parteien sind unbelehrbar, nicht entwicklungsfähig und von sich mehr eingenommen, als jeder Narziß. Die Selbstüberschätzung der Parteien verdrießt die Menschen und deshalb ist es auch verständlich, wenn sich die Schar der Nichtwähler kaum ändert, vielleicht sogar vergrößert. Nun, der Nichtwähler ist keineswegs auch zwangsläufig gegen die Demokratie, vielmehr fehlen ihm die Produkte, aus denen er oder sie auswählen wollen. Es liegt nur am Angebot, nicht am Willen des Nichtwählens.

Immer nur das Gleiche vorgesetzt zu bekommen, das sättigt das Verlangen danach. Abwechslung ist zwar ein Fremdwort, dessen Bedeutung derzeit bei den Parteien als politisch unkor-

rekt betrachtet wird, aber wenn irgendwann in der nahen oder fernerer Zukunft keine Wahl mehr möglich ist, wird Abwechslung zur guten alten Zeit als nostalgisches Erinnern an die Demokratie in den Köpfen der Menschen sich verankern.

Der Nichtwähler hat genauso seine Vorstellungen, die zwar nicht zur Wahl stehen, aber dennoch vorhanden sind. Nur, wie soll der Nichtwähler das wählen können, wenn sein Produkt nicht zur Wahl steht? Jedes Geschäft, in dem nur zwischen schlechten Produkten gewählt werden kann, wird früher oder später zu Grunde gehen, weil niemand mehr diese Produkte kaufen wird. Und genauso gilt dies für die Politik.

Aber daraus ergeben sich Fragen, die in der logischen Conclusio zu suchen sind. Denn das Verhalten der Parteien hat entweder den Zweck sich auf ein totalitäres System hin zu entwickeln oder es sind einfach nur die unfähigsten Personen, welche erst durch ihre Partei zu „Etwas“ geworden sind, die für die Nichtwähler den Ausschlag geben nicht zu wählen. Jedenfalls nützt der Nichtwähler wieder jenen Strömungen, die anscheinend niemand haben will, nur dem eigenen Willen bringt es keinen Nutzen.

Wieviele Menschen haben nicht die Wahl zu wählen? In Zahlen werden wir dies niemals erfassen können. Doch schon das Wissen darum, daß soviele Menschen nicht frei entscheiden können, was sie wollen und wer für sie in die Richtung sie führt, daß für sie das Leben erträglich wird, macht den Nichtwähler bei uns zu einem demokratischen Menschenverächter.

Aber heute kommt noch dazu, daß starke Strömungen auf unsere Demokratie zukommen, die mit unserer Demokratie nichts gemein haben wollen, ja im Endeffekt unsere Demokratie irgendwann einmal abschaffen möchten. Wobei gesagt werden muß, wenn es sich um die Demokratie handelt, die wir heute haben und praktizieren, dann ist es verständlich und nachvollziehbar.

Nur diese Strömungen ersetzen unsere Demokratie keineswegs mit einer besseren Demokratie. Vielmehr sieht diese Strömung in der Demokratie für sich ein Feindbild, welches es zu bekämpfen gilt. Dies kann im Prinzip sehr gut mit der Weimarer Demokratie verglichen werden, durch welche Adolf Hitler, der Vergangene, an die Macht gekommen ist und sogleich die Demokratie abgeschafft hat, die ihn an die Macht gebracht hatte. Also dürfen wir niemals

Hitler vorwerfen, er hätte sich gewaltsam an die Macht gebracht, sondern die Demokratie schaffte das, was Hitler mit Gewalt nicht erreicht hatte.

Kein totalitäres System ist nur durch Gewalt an die Macht gekommen, sondern immer durch das Demos, das Volk. Die einen Regime haben sich langsam demokratisch zum Ziel gebracht, die anderen mehr oder weniger schnell und mit Hilfe von Gewalt. Aber immer waren die demokratischen Strukturen die Steigbügel dafür.

Daher stellt sich die Frage, wenn wir heute aus der Demokratie einen Glaubensgrundsatz machen, wer achtet dann darauf, daß dieser Glaube erhalten bleibt? So sollten wir uns einmal vorstellen, wie es gewesen wäre, wenn in Spanien kein König vorhanden gewesen wäre und die Putschisten erfolgreich das Parlament außer Kraft gesetzt hätten? Wer von uns Superdemokraten wäre dem Volk der Spanier zu Hilfe geeilt? Wer hätte in Europa einen neuen Bürgerkrieg riskiert? Wohl niemand von uns, aber das Maul hätten wir uns zerrissen.

Wir wissen Alle, daß die römische Kirche sich von jeder konservativ gebenden Diktatur angezogen fühlt, wie die Motten vom Licht. Ebenso steht dieser Kirche die reiche Oberschicht immer schon näher, als die Menschen „unten“. Daher wäre auch kein Widerstand durch die Kirche zu erwarten gewesen. Dieser Umstand erklärt auch Lenins Aussage über die Kirche in Russland, als er vom Opium fürs Volk sprach. Denn dort hatte die orthodoxe Kirche die Ansichten der Regierung von den Kanzeln verkündet, also sich als Instrument für die Politik brauchen lassen.

Aber gut, das ist Geschichte. Heute kennen wir die meisten und größten Fehler, die mit Demokratie gemacht wurden und werden. Nur wir lernen Nichts daraus, ob wir Nichts daraus lernen wollen, können oder sollen, dieser Frage sollen sich Andere annehmen. Tatsache ist, daß wir an der Demokratie selbst reifen könnten, wenn wir bereit wären zu lernen. In den meisten Ländern unserer Welt können die Menschen mit der Demokratie selbst zwar noch Nichts anfangen, zum Einen, weil sie keine Wahl haben, zum Anderen, weil sie völlig andere Probleme haben, die ihre Existenz betreffen. Während wir eine Glaubensfrage aus der Demokratie machen. Als hätten wir nicht schon genügend andere Probleme zu lösen. Nur, wir können wählen.

Und in dieser Situation nicht wählen zu gehen, ist ein Hohn gegenüber jenen Menschen, die keine Wahl haben zu wählen.

Regional- oder Provinzparlamente

Sowohl in Deutschland, wie auch in Italien, gibt es Regional- oder Provinzialparlamente. Also Gremien, die eine Zwischenstufe darstellen. Zum Einen hat dieses System den Vorteil, dass es einen größeren Überblick über ein größeres Gebiet hat und nicht nur die lokalen Interessen beachtet, zum Anderen sind diese Parlamente weit besser geeignet, die verschiedenen Probleme, wie im Besonderen die Verkehrsprobleme zu lösen. Aber genauso können diese Parlamente viel besser auch die kulturellen Angelegenheiten behandeln.

Das heißt auch, die Steuergelder wären in Händen diese Parlamente bestens aufgehoben, weil diese hier so nahe an der Wirklichkeit sind, wie keine andere Einrichtung sonst. Zudem nehmen diese Gremien den großen Parlamenten sehr viel Arbeit ab, weil die großen Parlamente sich auf die groben Richtlinien konzentrieren können und sich nicht mit Detailfragen beschäftigen müssen. So wird auch die Kontrolle dadurch weit effizienter erfolgen, als durch Institutionen, die weit weg sind.

So, wie in Italien sich zwei Regionen zu einer Provinz ergeben oder in Deutschland sich aus zwei oder drei Gebieten ein Kreis ergibt, könnten hier grundsätzlich europaweit die Verwaltungseinheiten neu ordnen. Damit wäre auch die Chance gegeben, dass Genehmigungen und sonstige bürokratische Hindernisse, die bisher von höheren Instanzen erledigt wurden, viel einfacher auf einer Zwischenebene erledigen lassen. So kann es auch dazu kommen, dass viele unnötige Kosten wegfallen, wie aber auch Verzögerungen bei Projekten verhindert werden

Jedenfalls hätten solche Regional- und Provinzialparlamente für die Demokratie mehr Vorteile, als die derzeitige Struktur der Demokratie in den verschiedenen Ländern. Zudem können hier alle jene sehr guten Verhalten aus allen Ländern eingeführt werden, wie Anhörungen, die Beurteilung von Personal im öffentlichen Bereich, wie die Lehrer in Finnland und so weiter. Jedes einzelne Land hat Etwas, was bestens ist und alle diese optimalen Faktoren zusammenführen und für die Zukunft eine demokratische Struktur errichten, sind wir heute den Nachkommen verpflichtet. Wir brauchen keine Experimente, sondern die Erfahrungen in den einzelnen Bereichen.

Erst dadurch erhalten wir auch ein gemeinsames Niveau in Europa, ohne deswegen aufoktro-
yierte Normen zu bekommen. Wenn wir also wirklich das Beste für die Zukunft haben wol-
len, dann müssen wir aus allen Ländern die besten Formen und Gegebenheiten zusammentra-
gen und zu einem Ganzen machen. So darf es nicht zu einem Kopieren kommen, sondern aus-
schließlich die Grundprinzipien müssen die allgemeine Grundlage ergeben. Das heißt auch,
dass so in jedem europäischen Land sowohl die Vorgangsweise, wie auch die Bedingungen
die Gleichen sind.